

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung des Postamt-Berlin 16 Mk. im voraus zahlbar. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Sonntagsausgabe versteht man die deutsche, österreichische, ungarische, tschechische, polnische, litauische, lettische, estnische, finnische, dänische, schwedische, norwegische, holländische, belgische, französische, englische, amerikanische, japanische, australische, indische, chinesische, sibirische, afrikanische, ozeanische, sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk. pro Viertel bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 20 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 5.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die bayerische Krise auf dem Höhepunkt

Kahr's Weigerung und hochverräterische Drohung

Die Nachrichten, die bis zur Stunde aus München vorliegen, lauten recht ernst. Der Ministerrat hat das Berliner Kompromiß abgelehnt gegen den demokratischen Minister Hamm und den Landwirtschaftsminister Wucherhoffer, Herr v. Kahr ist für die Ablehnung eingetreten und will sich „für die Wahrung der Rechte Bayerns einsetzen“.

Bei dieser Stellung der Regierung ist es sehr wahrscheinlich geworden, daß die Koalitionsparteien, bei denen die Entscheidung liegt, gleichfalls die Forderungen der Reichsregierung ablehnen werden. Es ist möglich, daß die bayerischen Herren den Versuch machen wollen, in neuen Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck gesagt werden, daß auf einen solchen Versuch nicht eingegangen werden darf. Die Reichsregierung hat durch ihr bisheriges Verhalten ein äußerstes Maß von Entgegenkommen bewiesen. Will die bayerische Regierung den Kampf und den Konflikt, dann kann ihm eben nicht länger ausgewichen werden. Die Reichsregierung würde die starke Position, die sie jetzt besitzt, preisgeben und ihre Autorität aufs Spiel setzen, wenn sie vor den Drohungen der monarchistischen und militaristischen Clique zurückwich.

Es ist klar, daß die reaktionären Putschisten absichtlich alles daran setzen, um den Konflikt auf die Spitze zu treiben, um endlich loszuschlagen zu können. Die Drohungen gegen das Reich, die Republik, und die Arbeiterschaft verstärken sich immer mehr. Bereits werden Forderungen formuliert, die auf die Beseitigung der Reichsverfassung für Bayern hinauslaufen. Es wird die völlige Selbständigkeit politisch, wirtschaftlich und finanziell gefordert. Offen wird verkündet, daß die Zeit zum Handeln gekommen sei. Man muß sich aber immer wieder vergegenwärtigen, daß so gefährlich dieses Spiel mit dem Feuer ist, so unerträglich diese fortwährenden Provokationen wirken müssen, doch hinter diesen großen Worten und frechen Drohungen nicht allzuviel Macht steckt. Die Herren, die vorgeben, die Mehrheit des bayerischen Volkes hinter sich zu haben, sind unter sich recht uneinig. Die bayerischen Demokraten scheinen sich doch zu weigern, das Spiel der Monarchisten bis zum letzten Ende zu unterstützen, und auch die Bayerische Volkspartei, deren Führer Held die Vereinbarungen in Berlin mit getroffen hat, stehen nicht so unbedingt zur Regierung wie diese verkünden läßt.

Deshalb muß die Reichsregierung Festigkeit und Kaltblütigkeit zeigen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben wiederholt erklärt, daß in Bayern keinerlei Recht ausgeübt wird, daß sie die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes nicht verantworten können. Der Belagerungszustand muß also fallen, er muß scheitern. Die Arbeiterschaft aber ist bereit. In den sozialistischen Parteien Bayerns herrscht Übereinstimmung über das etwa notwendig werdende Vorgehen, und sie halten beständige Fühlung mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Die Arbeiterschaft wird sich nicht provozieren lassen, sie wird Disziplin und Geschlossenheit bewahren, aber sie wird so handeln, wie es not tut!

Bruch der Immunität!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 10. September.

Heute vormittag wurde Landtagsabgeordneter Fischer (U. S. P.) in Nürnberg wegen einer Äußerung in der öffentlichen U. S. P. Versammlung am Donnerstag in München verhaftet. Da seit der Rede des Genossen Fischer, gegen den die reaktionäre Presse eine wilde Hege entfaltet hatte, mehr als ein Tag verfloßen ist, liegt ein Bruch der Immunität des Abgeordneten vor. Die Landtagsfraktion der U. S. P. hat bei der Regierung sofort Schritte zur Freilassung des Genossen Fischer unternommen.

Wie uns ferner aus München mitgeteilt wird, wurde der Genosse Fischer heute nachmittag 7 Uhr 12 Minuten zwischen zwei Bewaffneten von Nürnberg nach München transportiert. Daraus ist nun klar ersichtlich, daß es sich bei der Verhaftung des Genossen Fischer nicht um einen Willkürakt untergeordneter Organe, sondern um den Ausbruch des zweiseitigen Rechts handelt, das die bayerische Regierung grundsätzlich übt. Während sie den wirklichen Hochverrättern das größte Wohlwollen entgegenbringt, weil sie ja selbst auf dem Sprunge

steht, Hochverrat zu üben, steht sie bei ihren Gegnern Hochverrat, wo keiner ist, und scheut dabei auch vor der Verletzung der Immunität der Abgeordneten nicht zurück.

Bayern will selber entscheiden

Beratungen im ständigen Ausschuss

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 10. September.

Heute nachmittag um 4 1/2 Uhr trat der ständige Ausschuss des Bayerischen Landtages zusammen. Abg. Held (Bayr. Volkspartei), der in der bayerischen Delegation in Berlin mit der Reichsregierung verhandelt hat, erstattet Bericht über die Verhandlungen. Dem Ausschuss liegt der Entwurf einer abgeänderten Fassung der Reichsverordnung vom 29. 8. vor, der die Grundlage weiterer Verhandlungen sein soll, da die bayerische Delegation in Berlin keine Ermächtigung hatte, den Entwurf als bindend anzuerkennen. Held hält zunächst eine Verteidigungsrede für den bayerischen Ausnahmezustand. Die Herren der Reichsregierung hätten sich bei den Verhandlungen eine größere Reserve und mehr Distanz auferlegen müssen. Das gelte nicht nur für die Mitglieder einer bestimmten Partei, sondern überhaupt für die Männer an der Spitze der Reichsleitung. Die Reichsregierung sehe auf dem Standpunkt, daß der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werden müsse. Der vorliegende Entwurf der neuen Verordnung sei das Resultat zweitägiger, langwieriger und unangenehmer Verhandlungen. Die Delegation habe ihn nicht als bindend anerkannt. Die Fraktionen und die bayerische Regierung müßten erst dazu Stellung nehmen.

Die neuen Verordnungen böten den bayerischen rechtlichen Forderungen recht wenig. Held ist erstaunt über das außerordentlich geringe Maß von Entgegenkommen der Reichsregierung. Vor allem stoße der § 4 der Verordnung auf Widerstand bei den Koalitionsparteien, weil er die Selbständigkeit der Zentralbehörden der Einzelländer beschränke. Nach § 4 könne der Reichsminister des Innern die Landeszentralbehörden ersuchen, im Sinne der Verordnung Verfügungen zu verketten, und die Zentralbehörden haben die Ausführung zu übernehmen. Wenn aber die Landeszentralbehörden sich außerstande sehen, dem Ersuchen nachzukommen, so kann der Reichsminister des Innern von sich aus die Ausführung anordnen. „Wir fordern, daß in dem Fall, wenn die Landeszentralbehörden dem Ersuchen der Reichsregierung nicht nachkommen, der Reichsratsausschuss zur Entscheidung angerufen werde. Darauf geht aber die Reichsregierung nicht ein. Wir haben die Formulierung des § 4 ausdrücklich nur zur Kenntnis genommen und erklärt, daß sie in München noch besonderer Würdigung unterzogen werden müsse.“ Der § 4 führe neue Verschlechterungen in der Selbständigkeit der bayerischen Zentralbehörden herbei. Diese Selbständigkeit müsse aber gesichert werden.

§ 4 müsse wieder geändert werden, um es den Koalitionsparteien und der bayerischen Regierung möglich zu machen, der Verordnung zuzustimmen und damit der Zeitpunkt komme, nach dem die bayerische Regierung darüber zu entscheiden habe, ob der bayerische Ausnahmezustand fallen solle. „Wir halten es weiter für notwendig, daß eine gerichtliche Instanz als Bescheideneinstanz eingesetzt wird, wenden uns aber dagegen, daß irgendein preussisches Gericht über bayerische Dinge zu entscheiden habe. Auch der Reichsratsausschuss, wenn ihm richterliche Befugnisse gegeben wurden, ist ungeeignet, besonders Minister Gradnauer als Vorsitzender muß als Befangen abgelehnt werden. Die Reichsregierung hat uns Unrecht getan und eine Situation heraufbeschwoeren, die zu großen Verwicklungen führen kann. Die Verordnung ist in ihrer jetzigen Form von den Koalitionsparteien als nicht erträglich bezeichnet worden. Wenn die Reichsregierung bereit ist, unseren Wünschen entgegenzukommen, dann sehe ich die Möglichkeit vor mir, daß die geänderte Verordnung über die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes beraten werden kann.“

Der Ausschuss beschließt, in eine kurze allgemeine Aussprache einzutreten, dann sollte sich der Ausschuss vertragen, um am Abend die Einzelberatung der neuen Verordnung vorzunehmen. Abg. Timm (S. P. D.) wendet sich in der Debatte dagegen, daß die Regierung und die Koalitionsparteien in der ganzen Frage unter Ausschaltung des Landtages gehandelt hätten und kritisiert aufs Schärfste die einseitige Handhabung der Platzzensur, die dazu führe, daß die Nationalsozialisten neuerdings eine schamlose Hege treiben. Er wendet sich dann noch gegen die bayerische Engstirnigkeit, die die Reichseinheit gefährde.

Abg. Reumann (U. S. P.) führt Beschwerde über die Verschärfung des Ausnahmezustandes in Nordbayern und warnte die Regierung davor, in ihrer Vorknechtigkeit zu verharren.

Die Demokraten verlangen ebenfalls eine Revidierung der Verordnung. Die Deutschnationalen erklärten heuchlerisch, daß sie eine Gewaltanwendung gegen die Verfassung ablehnten. Bon rechts sei in dieser Hinsicht auch nichts geschehen. Die Bauernbündler lehnen ebenfalls den neuen Entwurf ab.

In der weiteren Aussprache spricht noch der Rechtssozialist Sauerger und der Unabhängige Blumtritt, die sich beide aufs Schärfste gegen den Ausnahmezustand und seine Handhabung wenden. Blumtritt erklärte, daß das, was man in Bayern unter Ruhe und Ordnung verstehe, nur bedeute, daß man niemals gegen rechts etwas unternehme. Der Ministerpräsident von Kahr sei es, der sich gegen die Reichsautorität vergehe. Er habe kein Recht, für sich Autorität zu fordern. Schließlich verlangte Gen. Blumtritt die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Um 4 1/2 Uhr wurde die kurze allgemeine Aussprache geschlossen. Die Fraktionen ziehen sich zurück zur Beratung, und um 4 3/4 Uhr soll die Sitzung des ständigen Ausschusses fortgesetzt werden.

Um 11 Uhr nachts war die Ministerratssitzung beendet. Die Fortsetzung der Ausschusssitzung soll sich anschließen. Sie wird voraussichtlich Vorschläge auf Abänderung der Verordnung, wie sie aus den Verhandlungen in Berlin hervorgegangen ist, bringen.

Die Lügen des Herrn von Kahr

München, 10. September.

Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: In der „Münchener Post“ vom 6. September 1921 ist ein kurzer Artikel „Kahr's Koibann“ erschienen, der den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die öffentliche Meinung irrezuführen. Bei dem Koibann München, der in der in dem Artikel angeführten Ministerienentscheidung vom 11. Juli 1921 genehmigt worden ist, handelt es sich nicht um die Errichtung eines Einwohnerwehreffahes, sondern um eine Organisation, welche nach den Grundzügen wie die Technische Nothilfe Schäden durch Elementargewalt und durch Verhinderung des Streikradikalismus, lebenswichtige Betriebe lahmzulegen, abwehrt. Der Koibann München verfolgt rein soziale Ziele. Er hat mangels jeder Bewaffnung nicht das geringste mit Polizeiaufgaben zu tun. Lediglich deswegen wurde in der Entschließung zur Zurückhaltung in der Öffentlichkeit angefordert, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren.

Nachdem Bayern bereits eine Technische Nothilfe hat, ist nicht einzusehen, warum es noch einen „Koibann“ brauchte. Es handelt sich bei dieser Gründung tatsächlich um keine „Streikabwehrorganisation“, sondern um die Errichtung eines Einwohnerwehreffahes. Die Errichtung des Koibann von Kahr kann daran nichts ändern. Man kennt die Absichten dieses Herrn bereits so gut, daß kein Verhöhnungsmanöver sie verdecken kann.

Neue Herausforderungen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 10. September.

Während in München über Annahme oder Ablehnung des Berliner Kompromisses verhandelt wird, ist in Nordbayern die Handhabung des Ausnahmezustandes verschärft worden. Jetzt müssen nicht nur Plakate, sondern auch alle sonstigen Druckerzeugnisse, wie Handzettel, Flugblätter usw. der Zensur vorgelegt werden. Vertrauensmänner-Versammlungen der Gewerkschaften werden von der Polizei bespioniert und es hat sich herausgestellt, daß die Polizei über Beratungen, die nur im engsten Kreise stattfinden, unterrichtet war. Die Polizei verlangte Aufschluß darüber, wo die für Sonntag in Aussicht genommene Sitzung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stattfinden, obwohl diese Sitzung nur im allerengsten Kreise abgehalten wird.

Dieses provozierende Vorgehen im Zusammenhang mit einer Mitteilung der „Münchener Augsburger Abendzeitung“, daß der Ministerrat beschloßen habe, das Berliner Kompromiß dem Landtage nicht zur Annahme zu empfehlen, läßt auf eine weitere Zuspitzung des Konflikts schließen.

Ein Aufruf der Angestelltenverbände

Am 9. September 1921 waren in München die Vertreter der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände versammelt, um den Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Es wurde die Veröffentlichung eines Aufrufs beschloßen, in dem die für die arbeitende Bevölkerung so gefährdende Lage geschildert und die Notwendigkeit dargelegt wird, die Republik gegen die Reaktion zu verteidigen. Der Aufruf schließt: „Kollegen! Kolleginnen! Die organisierte Arbeiterschaft hat bereits in gewaltigen und einmütigen Kundgebungen ihren festen Willen zum Abwehrkampf gezeigt. Auch die Angestellten müssen erkennen, daß es nicht genügt, nur Tarifzulagen zu bekommen; ihr Aufstieg bedingt vielmehr, die Ursachen unseres heutigen sozialen Elends zu beseitigen.“

Angestellte! Der gegenwärtige Kampf der Arbeiterschaft und des freigeistlich gesinnten Bürgertums ist auch Euer Kampf! Unterstützung ist nötiger denn je! Macht Euch darum frei von der sozialistischen und gefährlichen Beeinflussung derjenigen Tageszeitungen, die kapitalistisch orientiert sind, lest die Presse, die bereit ist, Eure sozialen Interessen wahrzunehmen.

Noch ist der Antagonismus gegen das werktätige Volk nicht abgeschlagen. Bleibt wachsam und erwartet in jeder Situation die Reaktionen Eurer gewerkschaftlichen Organisationen. Wahrt die Solidarität mit der organisierten Arbeiterschaft!

Hakenkreuz und Mordmord

Die Schuldigen

Herr Regierungsrat Dr. Weiß, Regierungsrat am Berliner Polizeipräsidentium, beschäftigt sich in der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ mit dem Thema des politischen Mordmordes. Er war gerade, als Erzberger den Augen deutschnationaler Parteigänger zum Opfer fiel, in einem norddeutschen Seebad. Der Mord wurde dort nicht nur gebilligt, man bejubelte ihn. An seine Verurteilung zurückgedenkt, mußte Herr Dr. Weiß die gleichen Erfahrungen machen. Er hat zwar eine Reihe von Zuschriften erhalten, deren Schreiber sich bemühten, die Behörde auf die Spur der Mörder zu lenken, aber das Polizeipräsidentium erhielt auch eine Fülle von Zuschriften, die den Mord und die Verfolgung der Mordhüben mit rohen Worten verpöbelten. Der Regierungsrat fühlt sich veranlaßt, im „Berliner Tageblatt“ einige dieser Zuschriften wiederzugeben. Er macht darauf aufmerksam, daß an der Spitze dieser Schreiben das berühmte Hakenkreuz prangte. Ähnlich wie in der Arzneiwunde ein Kreuz zur Kennzeichnung der Giftmittel dient, so ist das Hakenkreuz zum Symbol der Mordhüben geworden. Hier die Zuschriften:

„Es ist ungedrehtlich, daß man einem Manno nachstellt, der doch nur eine Wohlthat begangen hat, indem er den größten Schutz und Halunken, den die Welt gesehen hat, den Erzberger und Spindubben Erzverbrecher aus der Welt geschafft hat. Jeder Polizeibeamte, der seine Hand nach diesem Manno ausstreckt, ist doppelt soviel Kugeln wert, als der Schutz selbst erhalten hat.“

„Bleibt man gut auf der Suche, finden sollt Ihr doch nicht, aber geht acht, in wenigen Tagen kommt wieder einer dran von den Sozialisten.“

„Kate Thnen, die zwei nicht weiter zu verfolgen... Sie werden nichts mehr enträtseln... Es ist nicht mehr auszuhalten, es steht bevor und Sie werden überrascht sein. Erzberger ist tot, aber es wird Thnen nicht gelingen, die Mörder, welche nun an der Reihe sind, zu schägen. Ist dies vollends erledigt, so ist das Ganze reif.“

Den Freuden ausbrüchen über Erzbergers Ermordung, so führt Herr Regierungsrat Weiß fort, wird die Androhung neuer Mordmorde hinzugefügt. Und zwar wurde nicht nur die Polizeibehörde, die die Mörder verfolgt, bedroht, auch zahlreiche im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehende Personen erhalten Drohbriefe. In erster Linie Mitglieder oder Anhänger der Reichsregierung, bekannte Nazifisten oder einflussreiche Führer der Linksparteien. Da aber Druck Gegendruck zu erzeugen pflege, so seien in letzter Zeit auch Drohungen gegen bekannte Persönlichkeiten der Rechtsparteien ausgesprochen worden. Zu den bedrohten Rechtspolitikern gehöre auch ein Zeitungsherausgeber, der vor nicht allzu langer Zeit in keinem Verhörorgan selbst zur Ermordung politischer Gegner aufgefordert habe.

Herr Regierungsrat Weiß betont, daß Tod ankündigende Tintensprüche in der Regel zwar nicht schißen, aber doch jene Atmosphäre schaffen, in der der politische Mordmord gedeiht. Herr Dr. Weiß kommt zu dem Schluss, daß viele Parteiführer ihre politischen Erzieherpflichten außer Acht gelassen und nicht genügend vor dem Mordmord gewarnt hätten. Die Führer der Linksparteien können mit diesen Worten nicht getroffen werden. Sie sind nach rechts gerichtet, denn daß bisher kein einziger rechtsstehender Parteiführer manhaft gegen den politischen Mordmord aufgetreten ist, daß alle Mordtaten der letzten zwei Jahre in der rechtsstehenden Parteipresse nicht nur entschuldigt, sondern auch gebilligt wurden, das ist eine historische Tatsache, an der nicht gerüttelt werden kann.

Neue Aufforderung zum Mord

Die deutschnationalen „Mecklenburger Nachrichten“ sagen in ihrer Nr. 163 über Maximilian Harden:

„Wann wird man diesem politischen Schuft und Schwindler endlich den Garau machen?“

Das ist eine völlig unverblühte Aufforderung zum politischen Mord. Wird die deutschnationalen Parteileitung nun auch noch den traurigen Mut haben, zu befehlen, daß ihre Kreise planmäßig auf die Tötung Thnen unbedequerer Gegner hinarbeiten?

Das Treiben der Deutschnationalen aber ist die Frucht der deutschen Schandjustiz, die Aufforderung zum Mord an Männern, die nicht deutschnational sind, ja nur mit kleinen Geldstrafen belegt.

Bieldeutig und widerspruchsvoll

Eine neue Ausfassung Stegerwalds

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald veröffentlicht in der gestrigen Abendausgabe des „Deutschen“ eine Antwort auf die Pressekommentare über die Verhandlungen zur Umbildung des preußischen Kabinetts. Er plädiert wiederum für eine Koalition auf breiter Grundlage, für deren Teilnahme Voraussetzung sein muß: „Anerkennung der Verfassung und Vertretung mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten und Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung.“ Da die Deutsche Volkspartei in ihrer letzten Kundgebung sich wiederum grundsätzlich für die Monarchie erklärt, so ist Stegerwalds Standpunkt der Einbeziehung auch der Deutschen Volkspartei in die Koalition völlig unhaltbar. Die Deutsche Volkspartei steht eben nur formell auf dem Boden der Verfassung und denkt gar nicht daran, an dem Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung mitzuwirken. Wenn so Stegerwalds „Politik auf längere Sicht“ aussehen soll, so muß man denn doch sagen, daß auch die Weitsichtigkeit eine Augenkrankheit ist, die gefährlich werden kann, wenn sie die Erfordernisse des Augenblicks vernachlässigt und die Sicherung der Republik vor den reaktionären Gefahren verhindert.

Stegerwald hat sich dann ferner auch über die dringenden wirtschaftlichen Probleme ausgelassen. Aber auch dabei prägt er falsche Schlagworte. Er behauptet, daß über die bisher vorgelegten Besten in dem zuständigen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eine „Einheitsfront“ von Hilferding bis Freiherr von Richthofen erzielt worden sei, und er schöpft daraus die Hoffnung, daß sich auch im Reichstage eine allseitig vertretbare Lösung vorzubereiten scheint. Auch das ist eine völlig unbegründete Hoffnungsfreudigkeit. An unserer Haltung jedenfalls, die die Erfassung der Geldwerte als eine volkswirtschaftliche und politische Notwendigkeit ansieht, wird sich nichts ändern. Es müßten also die bisherigen Mängel der Erfassung der Geldwerte endlich anerkannt, wenigstens als sehr schwerer Mangel

bemerkbar sind, — daß unser Standpunkt richtig ist. Erst dann könnte von einer solchen Einheitsfront die Rede sein.

Wir glauben aber nicht an sie; denn Stegerwalds Grundsätze für die Steuerreform:

1. Gerechter Ausgleich zwischen Besitz- und Massenverbrauchssteuern,
2. Größerer Eingriff in die Vermögenssubstanz, der sich nicht vermeiden läßt,

sind doch außerordentlich vieldeutig. Wenn er wirklich eine Erfassung der Geldwerte will, wie wir sie meinen, und wie sie unerlässlich ist zur Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft, dann muß er sich schon wesentlich klarer ausdrücken. Dann oder wäre auch der Widerspruch in seiner Haltung noch eklatanter; denn es ist völlig unmöglich, allgemein eine Reichspolitik, in der Steuerfrage aber eine nach links gerichtete Politik zu betreiben.

Hoheit auf Reisen

Die „Dresdener Volkszeitung“ meldet folgenden Vorfall: „Am 7. dieses Monats der Zug, der um 4 1/2 Uhr Bischofswerda verläßt, in die Gegend von Großharthau kam, hielt er plötzlich auf freiem Felde. War vielleicht die Straße nicht frei? Nein, das hatte tiefere Gründe, die freilich durchaus nicht im Interesse der Reisenden lagen. Ein Coupée öffnete sich, und ihm entstieg ein Herr mit einem Hunde, obgleich das Aussteigen auf freier Strecke jedem gewöhnlichen Sterblichen verboten ist. Aber dieser Herr war kein gewöhnlicher Sterblicher, sondern einer von Gottes Gnaden: der Prinz Sizzo von Schwarzburg-Sondershausen, der an der Bahnstrecke zwischen Weiskersdorf und Gr. Harthau ein Schloss sein eigen nennt. Als der „hohe Herr“ um den Zug herumgegangen war, durfte dieser endlich seine Fahrt fortsetzen.“

Wenn diese Darstellung zutrifft, so handelt es sich allerdings um ein starkes Stück. Abgesehen von der Knechtlichkeit derjenigen, die vor einer leibhaftigen gewissen Hoheit immer noch den Rücken krümmen, haben sich die Beamten, die das Halten des Zuges auf offener Strecke veranlaßten, einer großen Pflichtverletzung schuldig gemacht, für die sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Oder soll in Zukunft der Zug auf freier Strecke halten, auch wenn es eine alte Bauerntraum wüßte?

Ab Abschaffung der Reichswehr

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am 5. und 6. Oktober in Bochum tagt, folgenden Antrag vorzulegen:

„Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft fordert die Abschaffung der Reichswehr.“

Begründung: Die Reichswehr ist überflüssig und schädlich. Ueberflüssig, weil wir Kriege weder führen können noch wollen und zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung die Schutzpolizei ausreicht; schädlich, weil die Reichswehr der Herr monarchistisch-reaktionärer Bestrebungen, die Quelle ständiger Gefahr für den Bestand der Republik, eine dauernde Beunruhigung und Provokation der Arbeiterschaft und damit die Hauptursache des Bürgerkrieges ist; ferner, weil ihre Erhaltung dem Volk ungeheure Geldlasten auferlegt und weil sie hunderttausend junge Deutsche dem Produktionsprozess entzieht. Außerdem würde die Abschaffung der Reichswehr auf das Ausland, besonders auf die mittrauischen Nationen der Entente, den vorzüglichsten Eindruck machen, die internationale Lage Deutschlands erleichtern und die Weltfriedung fördern.“

Diese Forderung sollten sich alle Arbeiter zu eigen machen, und sie sollte in allen Berammlungen erhoben werden, wie das bisher schon durch die U.S.P.D. geschehen ist. Tatsächlich hat die Reichswehr keinerlei Aufgaben zu erfüllen, die dem Interesse der Republik dienen könnten. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dient eine Polizeitruppe, von zuverlässigen Männern geführt, vollständig. Was bleibt denn noch für die Reichswehr übrig? Kriege kann und soll sie nicht führen; sie ist also ein überflüssiges und gefährliches Spielzeug, das schon aus Gründen der Sparlichkeit abgeschafft werden sollte.

Studienauschuss über Gemeindeverfassungsrecht

Die Vorstandssitzung des Städtetages hat den auf der Stuttgarter Hauptversammlung des Städtetages beschlossenen Studienauschuss zur Prüfung des deutschen Gemeindeverfassungsrechtes eingesetzt. In dem Ausschuss wurden gewählt die Herren Oberbürgermeister Böh-Berlin, Wenauer-Köln, Beimo-Regensburg, Blüher-Dresden, Dr. Ruyter-Mannheim, Luppe-Nürnberg, Lutzer-Essen, Lohmeyer-Königsberg, Nilsch, Gläufig-Darmstadt, Kise-Balle, Schnadenburg-Wilna, Köhler-Rüstringen, Reher-Regensburg, Reich-Ludwigshafen, Bürgermeister Anort-München, Rechtsrat Kopp-Stuttgart, Stadterodner Dr. Herz-Berlin, Seeger-Leipzig.

Ausbreitungen in Siegen

II. Siegen, 10. September.

Gestern abend ist es hier zu schweren Ausbreitungen gekommen. Auswärtige Elemente benutzten unter Führung kommunistischer Heher eine Versammlung der streikenden Metallarbeiter zu Demonstrationen. Sie versuchten zunächst, das Elektrizitätswerk anzuzünden. Dies konnte aber durch besonnenen Gewerkschaftler im letzten Augenblick verhindert werden. Sodann pushten die Heher die Menge auf, in die Stadt zu ziehen und wegen der Teuerung zu demonstrieren. In den Straßenzügen vom Köhler bis zum Marburger Tor wurden die Schaufenster eingeschlagen und die Läden vollständig ausgeplündert. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor. Eine Anzahl Polizisten und Demonstrieren wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Schaden der Geschäfte geht in die Millionen. In der Nacht wurde die grüne Polizei in Hagen alarmiert, die früh zwei Hundertschaften entsandte. Heute morgen wurde die Ruhe wiederhergestellt. Es wurden 58 Personen verhaftet, die an den Plünderungen teilgenommen hatten. Ein Teil der gestohlenen Waren konnte beschlagnahmt werden. Die Högnerer Schupo zieht mit starken Patrouillen durch die Stadt.

Die Telegraphen-Union ist für die Uebermittlung berartiger Nachrichten kein berufener Kronzeuge. Es müssen also erst nähere Nachrichten über die Vorgänge in Siegen abgemerkt werden. Ausbreitungen obiger Art dienen jedenfalls nur den Interessen der Reaktion. Es wird deshalb zu unteruchen sein, ob die „auswärtigen Elemente“ nicht bezögliche Subjekte der Reaktion waren, die die Aus-

breitungen provozierten, um die Aufmerksamkeit von der Märlarbeit der Nationalisten abzuwenden und der Arbeiterschaft behördlichen Verfolgungen auszuweichen.

Aufhebung

der kommunistischen Zeitungsverbote

Berlin, 10. September.

Zwischen dem Reichminister des Innern und Vertretern der kommunistischen Partei hat heute eine Besprechung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichminister des Innern das Verbot über die Märl in Frankfurt a. M., Kassel, Halle und Breslau aufgehoben.

Eine Falschmeldung?

Wir lesen im „Vorwärts“ eine Polemik gegen unsere mit der obigen Ueberschrift in der Freitag-Abendausgabe erschienene Notiz. Diese Polemik ist uns unverständlich, zumal der „Vorwärts“ an anderer Stelle selbst schreibt: „Wenn schon die Mittelungen, die hier in Berlin über das Kompromiß zwischen Reich und Bayern verhandelt, bei den aufrichtigen Freunden der Republik keine reine Freude auslösen konnten, das, was jetzt an Märlungen gemeldet wird, droht dem Staat den Boden anzuschlagen.“

Das ist vollkommen unsere Meinung. Ebenso halten wir die Auffassung, daß die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten den politischen Erfordernissen vielfach nicht Rechnung tragen, für eine Meinung, die den Vertretern der sozialistischen Parteien gemeinsam ist.

Die Völkerverbundsversammlung

Eine Rede des Vertreters Oesterreichs

Genf, 10. September.

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerverbundsversammlung in der weiter der Bericht des Rates besprochen wurde, ergriff der österreichische Delegierte Graf Mensdorf zum ersten Male das Wort zu einer Rede, die von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde. Er gab eine ausführliche Darstellung der vom Völkerverbund unternommenen Hilfsaktion zur finanziellen Wiederanrichtung Oesterreichs. Er wies auf die Eile des unternommenen Hilfswerkes hin, da sonst wieder gefährliche Entzündungen im österreichischen Volke Platz greifen würden, das sich wieder mit mutiger Resignation der Arbeit, der Aufrichtung und der Erfüllung seiner Verpflichtungen zugewandt habe.

Hierauf hielt Spalankowitsch-Südbahnen über die Frage des Schutzes der Kinderbetten und den Konflikt mit Albanien eine Rede. Danach ergriff Balfour-England zu einer großen politischen Rede das Wort, die von der Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Er tadelte es, daß die Aufnahme Albanien als eine völkerverbundliche Tatsache erachtet worden sei. Balfour gab ein kurzes und klares Exposé der verschiedenen Proteste Albanien beim Völkerverbund und wies mit großer Entschiedenheit die Kritik zurück, die Branting an der Tätigkeit des Rates geübt habe. Es bestimme ihn tief, daß er so allgemein geschätzt und hochgeschätzter Mann wie Branting dem Rate vorwerfe, daß er den Eindruck mache, das Organ einer Märlgruppe zu sein. Die Welt trage weiter mühsam an dem Gewicht ihrer Rüstungen, aber doch keinen Fortschritt zu verzeichnen, doch hätten die Länder Mitteleuropas ihre Verletzung angenommen und auch andere Länder begünstigt damit. Wer könne behaupten, daß die Prüfung weiter leicht möglich sei, wer könne erklären, daß es keinen Krieg mehr gebe? Daher sei es schwer, entscheidende Arbeit zu verrichten. Auch habe man bei der Gründung des Völkerverbundes auf den Beitritt aller Staaten gerechnet. Dadurch, daß verschiedene Staaten dem Völkerverbund nicht angehören, entbehre man nicht nur der Ratshilfe dieser Staaten, sondern auch der Autorität, die ihre Mitarbeit im Völkerverbund verlangen dürfe. Der Völkerverbund könne auch nicht abweisen, wenn Staaten, die ihm nicht angehören, die Prüfung nicht vornehmen. Nach dieser Anspielung auf Amerika, dessen Name allerdings nicht genannt wurde, machte Balfour die Kritiker am Völkerverbund darauf aufmerksam, daß doch eine bedeutende Arbeit vollendet sei. Der Völkerverbund habe viele Konflikte geregelt, er regiere über Gebiete, er habe den internationalen Gerichtshof gegründet, er kämpfe die Geißeln der Krankheiten, arbeite an dem Wohl der Menschheit um. Mit großem Nachdruck warf Balfour die Frage auf, wenn morgen der Völkerverbund abgeschafft würde, wer würde sich mit all den Werken beschäftigen, die er in Genf vollbracht habe? Er schloß unter starkem Beifall mit einem Appell zum Wiederaufbau der Welt.

Zur Frage des internationalen Hilfswerkes für Rußland machte der Präsident der gemischten Rolen Kronz-Kommission Ador-Schweiz, den die Versammlung lebhaft begrüßte, längere Ausführungen und schloß sich dem Appell an. Er sei überzeugt, daß, wenn die russische Regierung ihre Verpflichtungen loyal ausführe, das Hilfswerk zum erhofften Erfolg führen könne.

Militärische Maßnahmen gegen Ungarn

London, 10. September.

Der diplomatische Berichtstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die an amtlichen Stellen aus Budapest eingetroffenen Nachrichten sehr ernst seien. Die Kritik habe eine solche Zustimmung erfahren, daß die Möglichkeit einer militärischen Aktion an der Donau von den Alliierten nicht länger außer Acht gelassen werden könne. Für den Fall einer militärischen Demonstration gegen Ungarn könnte ein gemeinsames Mandat in Betracht kommen, das durch die Märl einer großen und kleineren Macht, beispielsweise Italien und Tschekoslowakei, ausgeübt würde.

Rücktritt des Witos-Kabinetts

D. C. Warschau, 10. September.

Das Kabinet Witos ist zurückgetreten. Der Rücktritt war unausweichlich, nachdem der von Stulski geführte Block der Regierungsparteien in einem offenen Schreiben seine Zustimmung zur Gesamtdemission des Kabinetts ausgesprochen hatte. Die Demission ist herrscht Beunruhigung wegen der Gerüchte über eine angeblich geplante Diktatur als Ausweg aus der verwegenen Lage; es werden hierbei die Namen Koriantus und Kraus genannt.

Ein Minister Witz-Gerhart Hauptmann soll von seinen Freunden dafür gewonnen werden, sich als Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten anzustellen zu lassen.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf der Kleinbahnstrecke Köpenick-Tapien entgleiste Freitag nachmittags bei der Einfahrt in die Station Pogrimmen in der Einfahrtswende plötzlich die Lokomotive und schlug um. Lokomotivführer und Heizer erlitten durch Verdringung den Tod. Man vermutet einen verbrecherischen Unfall, da die Einfahrtswende auf Halbhöhe gebracht war.

Neue Fahrgaststreife. Wie die „Grazer Tagespost“ aus Graz berichtet, haben in Kollas bei Triest Triester Italiener des kaiserlichen Volkshauses, in dem alle kaiserlichen Vereine der Unterbringung von Triest untergebracht sind, in die Luft gepöngelt. Das Gebäude brannte vollständig nieder.

Die kommunale Wohlfahrtspflege

Der fundamentale Unterschied, der zwischen einer vom sozialistischen Geist beherrschten und einer nach bürgerlichen Anschauungen geleiteten Verwaltung besteht, tritt auf keinem Gebiet der Gemeindegewalt so drastisch in die Erscheinung wie auf dem der Wohlfahrtspflege. Allein die geschichtliche Entwicklung dieses jüngsten Zweiges kommunaler Arbeit ist in dieser Hinsicht außerordentlich lehrreich. Was haben die Gemeinden früher, als sie noch nicht von Sozialisten beeinflusst wurden, auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrt geleistet? Überall so gut wie nichts! Erst in neuerer Zeit, seitdem Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft auf die kommunalen Verwaltungen einen entscheidenden Einfluß ausübten, ist für die durch wirtschaftliche Not oder physische Unglücksfälle hilfsbedürftig gewordenen Personen von Seiten der Kommunen Kennenswertes geschehen. Diese beachtenswerte Tatsache findet ihre Erklärung in der grundsätzlichen Stellung, die das Bürgertum den Minderbemittelten gegenüber einnimmt.

Die Bourgeoisie, als Herrschaftsklasse der Arbeiterschaft gegenüber betrachtet, steht in dem nicht arbeitsfähigen, nicht Mehrwert und Profit schaffenden Arbeiter eine überflüssige Last der kapitalistischen Gesellschaft, der sich diese so schnell wie möglich entledigen möchte. Die Armen werden daher sowohl in der von bürgerlichen Anschauungen durchsetzten Gesetzgebung, wie auch von den in diesem Sinne herangebildeten staatlichen und städtischen Organen schlechthin als Menschen untergeordneten Grades behandelt. Galten doch noch bis vor ganz kurzer Zeit diejenigen, die eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Form der Armenpflege erhielten, als des Wohlrechts nicht würdig. Die bürgerlichen Ehrenrechte waren ihnen also lediglich ihrer Armut wegen aberkannt. Noch heute lassen gar zu oft Beamte die Armen fühlen, daß diese ihre Not selbst verschuldet hätten, und daß die gewährte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu einem besonderen Danke den staatlichen und städtischen Organen gegenüber verpflichte. In weiten Kreisen der Bevölkerung, selbst in den unteren Schichten, wird die Armenunterstützung immer noch als Almosen empfunden und die Geber als Wohltäter betrachtet. Dabei lehrt die Gegenwart doch wahrlich deutlich genug, daß die in Not geratenen Glieder der Gesellschaft fast durchweg Opfer der gesellschaftlichen Zustände sind. Damit fällt auch dem Staate als Organisation der Gesellschaft die Aufgabe zu, die Opfer seiner Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Ja, seine sittliche Pflicht wäre es sogar, auch seine durch eigene Fehlritte der Not verfallenen Mitglieder vor dem wirtschaftlichen Untergange zu bewahren!

Doch weit gefehlt! Der kapitalistische Staat hat sich dieser Pflicht gänzlich entzogen. Erst sehr spät ist das Armenwesen gesetzlich zu regeln versucht worden. Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und 12. März 1894 weist lediglich den Gemeinden die Aufgabe zu, für die Ortsarmen zu sorgen. Ein einheitliches, das ganze Reich umfassendes Armengesetz existiert auch heute noch nicht. Das Armenwesen ist auf Grund des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz landesgesetzlich geregelt. Die von den einzelnen Ländern erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetz sind indessen so eng gehalten, daß nur der „unenitliche“ Lebensunterhalt vom Ortsarmenverband zu gewähren ist. Die Meinungen über den Begriff des unenitlichen Lebensunterhalts gehen weit auseinander. Obgleich nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nicht nur die Gewährung von Obdach, Lebensunterhalt, Pflege in Krank-

heitsfällen und Begräbnis als „notwendigster Bedarf“ anzusehen sind, sondern den Ortsarmenverbänden auch bei hilfslosen Kindern die Sorge für Unterkunft, Pflege und Erziehung obliegt, sind die Mittel, die hierfür von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, überall so lächerlich gering, daß eine Erfüllung dieser Aufgaben nicht annähernd erwartet werden kann. Hier, in der Festlegung der Unterstützungen für Arme, zeigt sich das Maß sozialer Verständnisses, das eine Gemeindeverwaltung besitzt. Die infolge der Teuerung von der Berliner Stadtverordnetenversammlung kürzlich beschlossene Erhöhung der Unterstützungssätze für Arme und Waisen ist unter schweren Kämpfen mit den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen von der sozialistischen Mehrheit durchgesetzt worden.

Die Beschlüsse über die Unterstützungssätze allein lindern aber noch keine Not. Es kommt alles auf ihre praktische Ausführung an. Und da muß nachdrücklich betont werden, daß die Armenpflege keine Schablone verträgt. Die einzelnen Fälle bedürfen individueller Behandlung, wobei Takt und soziales Verständnis mitzuwirken haben. In noch weit stärkerem Maße gilt dies von der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und die Erwerbslosen, wo die Gemeinden nach staatlichen Bestimmungen ihre Tätigkeit zu entfalten haben. Wieviel hängt hier von der Art der Ausführung der Bestimmungen ab! Die Armenverbände sind beispielsweise verpflichtet, allen Arbeitsfähigen aber Arbeitslosen die erforderliche Unterstützung durch Zuweisung von Arbeit zu gewähren, oder deutlicher ausgedrückt das Unterstützungsbedürfnis durch Vermittlung von Arbeit zu befriedigen. Auch in der Erwerbslosenfürsorge gilt ja die unweigerliche Pflicht der Erwerbslosen, die ihnen zugewiesene Arbeit bei Strafe der Entziehung der Unterstützung anzunehmen. Wie sehr sind diese Bestimmungen zum schweren Schaden Armer und Arbeitsloser von unverständigen Beamten ausgeführt worden! Eine rein bürokratische Behandlung bildet eine wirklich fruchtbringende Fürsorge eben nicht. Der Beamte wird, weil er Beamter ist, immer geneigt sein, die gesetzlichen Bestimmungen eng auszulegen, um Unannehmlichkeiten seitens irgendeines Vorgesetzten zu vermeiden. Dazu kommt, daß den Beamten alter Schule ein „Pflichtbewußtsein“ (das mit Arbeitspflicht und Verantwortlichkeitsgefühl nichts zu tun hat) eingebildet worden ist, das zur Gleichgültigkeit den Hilfsbedürftigen gegenüber führt und Härten verursacht. In der Wohlfahrtsarbeit brauchen wir Männer und Frauen, denen nicht durch eine preußische Beamtenzucht das selbständige Denken ertötet worden ist, die vielmehr, möglichst selbst aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung hervorgegangen, ein inniger Konnex mit den minderbemittelten Schichten verbindet, und die dadurch mit sozialem Verständnis und eigener Urteilsfähigkeit individuell die einzelnen Fälle zu behandeln fähig sind. Die sogenannte Demokratisierung der Verwaltung ist vor allem auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege die unerläßliche Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeit. Zur Verhinderung des hier besonders schädlichen Bürokratismus sind in recht großer Zahl aus den Reihen der minderbemittelten Bevölkerung Kräfte heranzuziehen und für die Wohlfahrtsarbeit besonders zu schulen, die ein Gegengewicht gegenüber der rein bürokratischen Erledigung der Aufträge bilden. In dieser Beziehung, in dieser gründlichen Umstellung des Beamtenkörpers zur Verstärkung des proletarischen Einflusses in der Wohlfahrtspflege wird natürlich von einer mit bürgerlichen Elementen beherrschten Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung nichts zu erwarten sein.

Daß ganz im allgemeinen die Leistungen einer Gemeinde auf dem Gebiete des Wohlfahrts-

wesens über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus nicht minder von der Zusammensetzung des städtischen Parlaments abhängt, liegt auf der Hand. Was ist nicht alles in der kurzen Zeit seit dem Fall des Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit auf diesem Gebiete geleistet worden! Die Fürsorge für die Säuglinge, Schwangere und Mütter, für die Kranken durch Beratungs- und Pflegestellen, die Förderung des Gesundheitswesens durch Spiel- und Badeeinrichtungen, wovon wieder die minderbemittelte Bevölkerung den größten Vorteil hat; dann die Pflege für die Jugend im allgemeinen — diese ausgesprochen sozialen Arbeiten sind in den Gemeinden mit stark sozialistischem Einschlag in hervorragender Weise gefördert worden. Auf dem Gebiete der Jugendpflege hat die Stadt Berlin mit ihren früheren sozialistischen Vorortgemeinden im letzten Jahre eine Tätigkeit entfaltet, wie kaum irgendeine andere Stadt Deutschlands. Wann jemals hat die Stadt Berlin früher, als sie noch recht wohlhabend war, sich der Kinder der Arbeiterschaft und des Mittelstandes in den Ferien in einer Weise angenommen, wie in diesem Jahre! Tausende und Abertausende blutarter Kinder wurden aufs Land, an die See, ins Gebirge, auf grüne Rasenflächen des Waldes geführt und Wochen und Monate hindurch für ihre körperliche Kräftigung, ihre geistige Erfrischung und seelische Erhebung geforgt. Die weit verzweigte und segensreiche Arbeit des Berliner Jugendamts im letzten Jahre ist leider viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt.

Und diese Tätigkeit ist entfaltet worden in Zeiten größter finanzieller Not der Stadt! Wäre nicht, verursacht durch die infolge des Verhaltens der Aufsichtsbehörden hervorgerufene Eilbedürftigkeit, der Etat für das laufende Verwaltungsjahr so bürokratisch aufgestellt worden, wogegen bekanntlich die „Freiheit“ seinerzeit Einspruch erhoben hat, so würden in diesem Jahre noch erheblich mehr Aufwendungen für die Wohlfahrts- und Jugendpflege geleistet worden sein.

Diese verheißungsvollen Ansätze in der Arbeit für die Hilfsbedürftigen weiter zu entwickeln, wird eine der wesentlichsten Aufgaben des nächsten Jahres sein. Das sogenannte Armenwesen ist seines Almosencharakters zu entkleiden und zu einem wahren Wohlfahrtswesen auszubauen. Die Gemeinde muß jeden Bürger davor schützen, durch Notfall oder Fehltritt in wirtschaftlichen Ruin zu versinken. Nicht mit Bettelstempeln darf einzelnen von der Not besonders bedrängten beigeprungen werden; das Niveau der Armen muß ganz im allgemeinen auf einen erträglichen Stand gebracht werden!

Man wird einwenden: Woher die Mittel dazu nehmen? Nun, wenn der Bezirk Zehlendorf in diesem Jahre Mark 176,12 pro Kopf seiner Bevölkerung für Verwaltungszwecke ausgibt, während Pantow nur Mark 101,42 aufwendet, und wenn für Beleuchtung, Straßenreinigung und Parkverwaltung Zehlendorf Mark 98,70 pro Kopf der Bevölkerung braucht, Cöpenick hierfür mit Mark 24,7 auskommt, so sind hier die Wege gewiesen, die beschritten werden müssen, um zugunsten der Wohlfahrts- und Jugendpflege Ersparnisse machen zu können. Der Etat für das kommende Verwaltungsjahr wird besonders sorgfältiger Prüfung bedürfen. Auch die stärkere steuerliche Heranziehung industrieller Unternehmungen durch die autonomen Gewerbesteuer, die in diesem Jahre nicht erhoben worden sind, sowie der Besitzenden im allgemeinen, ist möglich. Und schließlich muß immer wieder versucht werden, auch auf den Staat einen Teil der durch seine Wirtschaftspolitik verursachten Lasten der Gemeinden abzuwälzen.

Diese sozialistisch orientierte Gemeindepolitik ist freilich nur möglich, wenn die Hoffnung der Arbeiterklasse auf Beseitigung der sozialistischen Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober zunichte gemacht wird.

Max Peters.



M. Israel
GEGR. 1815 * BERLIN C
KÖNIGSTR. * SPANDAUERSTR.

Großer Herbst-Moden-Verkauf

Kleiderstoffe

- Reinwoll-Cheviot marine 130 cm. Mtr. 48.-
- Reinw. Kammgarn-Foulé in großer Farbauswahl, 105 cm. Mtr. 62.-
- Reinw. Gabardine marine, 130 cm. Mtr. 95.-
- Mantel- u. Ulsterstoffe moderne Noppen im englisch. Geschmack, 130 cm. Mtr. 85.-
- Favorit-Schnittmuster Das neue Modensalbum ist erschienen.

Seide u. Samt

- Blusen- und Streifen-Seide in römischen Streifen ... Mtr. 29.75
- Kleiderseide in vielen Farben, 84 cm. Mtr. 64.-
- Mantelseide imprägn., 115 cm. Mtr. 78.-
- Batikseide in neuesten Mustern und Farbestellungen ... Mtr. 98.-
- Seidenkaschmir schwarz u. farbig 118.-
- Lindener Köpervelvet 70 cm. Mtr. 98.-
- Velours-Chiffon in neuesten Farben, ca. 100 cm. Mtr. 228.-

Damen-Kleidung

- Bluse a. gestreiftem Flanell, halbfrei od. hochgeschlossen ... 35.50
- Bluse reinseidener Chinakrepp ... 98.-
- Kleid aus reinwollenem Cheviot m. farbigem Stickerei-Franzen 198.-
- Kleid aus reinwollenem Trikot m. farbigem Besatz ... 390.-
- Kleid a. reinseid. Chinakrepp ... 625.-

- Morgenrock warmer Trikotstoff 149.-
- Mantel a. Flauchstoff, in vielen Farben 390.-
- Mantel aus reinwollenem Velours 775.-
- Jackenkleid aus marineblauem Cheviot, Jacke mit halbbeidenerm Futter ... 635.-
- Cape aus reinwollenem Tuch in vielen Farben ... 656.-

Die große Fransen-Mode:

Kleider, Capes, Hüte, Unterröcke, Handschuhe und Tücher mit Fransen garniert

Damen-Handschuhe

- Schwedisch-Leder-Nachahmung farbig, 2 Druckknöpfe 8.75
- Farbig od. schwarz 11.75
- Reinseide doppelte Fingerspitzen, 2 Druckknöpfe, farbig, weiß, schwarz ... 28.75

- Wildleder-Nachahm. moderne Form mit Riegel, farbig 37.50
- Glacéleder farbig, mit 2 Druckknöpfen 39.-
- Ziegenleder gesteppt, farbig, 2 Druckknöpfe ... 57.50

Herren-Handschuhe

- Schwedisch-Leder-Nachahmung farbig, 2 Druckknöpfe 13.75
- Nappaleder gesteppt, mit 2 Druckknöpfen ... 39.-

Pelzwaren

- Pelzkragen imitiert Weißfuchs 230.-
- Pelzkragen imitiert Stiefelfuchs 255.-
- Pelzschal amerikanisch Opossum, große Form ... 875.-
- Pelzkragen silberfarbiger Fuchs ... 1150.-
- Pelzbarrett aus Sealkanin ... 148.-
- Pelzmäntel in den verschiedensten Pelzarten 3500.- bis 45000.-

Damen-Hüte

- Filzhüte in neuesten Farben und Formen 25.- 32.-
- Filztoque kl. Form in modernen Farben 49.-
- Samthut mit Bandgarnitur 125.-
- Lederhut in vielen Farben 175.-
- Elegante Hüte in großer Auswahl
- Ripsband stark gerippt, in neuest. Farben, 10 1/2 cm breit, Mtr. 16.50
- Schleier m. Bordüre 7.50

Kommunalpolitik à la Stegerwald

Der preussische Ministerpräsident Stegerwald hat bei den Verhandlungen über die Neubildung der preussischen Regierung den Plan einer sogenannten „Karten Mitte“ erörtert. Nach diesem Muster scheinen jetzt die Demokraten ihre zukünftige Kommunalpolitik in Groß-Berlin machen zu wollen. In den Tagen unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers gaben sich die Demokraten den Anschein, als ob ihre entschiedene republikanische Gesinnung ein Zusammengehen mit der halbmonarchistischen Deutschen Volkspartei nicht zulasse. Inzwischen ist die Erregung über den Mord etwas abgeklungen, und die früheren Freunde des Bürgerblods finden sich allmählich zusammen.

Wir haben in der „Freiheit“ mitgeteilt, daß die bürgerlichen Interessensvertretungen in den Außenbezirken, die Bezirksvereine, im 16. Verwaltungsbezirk Köpenick-Friedrichshagen bereits erreicht haben, eine einheitliche bürgerliche Liste aufzustellen. Das „Berliner Tageblatt“ hat alles aufgeboten, um die Öffentlichkeit über das demokratische Vorhaben einer Beteiligung am Bürgerblod zu täuschen und alle Autoritäten unter den Mitarbeitern des „Berliner Tageblatts“ sprachen spaltenlang vom „Märchen des Bürgerblods“. So schrieb z. B. Herr Dr. Ernst Feder in einem Leitartikel vom 4. August folgende Sätze:

„Gewiß gibt es auch unter den Deutschnationalen eine Reihe vernünftiger Kommunalpolitiker. Aber die Kampfweise der ganzen Partei, wie sie von der in der Agitation selbst so robusten Deutschen Volkspartei eben erst auf den 64 Seiten einer besonderen Broschüre enthielt wurde, ist doch eine derartige, daß die Demokraten mit diesen Leuten sich unmöglich an einen Tisch setzen können. Bei der Deutschen Volkspartei kommt hinzu, daß in ihr jetzt an führender Stelle auch jene Berliner Herren stehen, die unmittelbar vor den letzten Reichstagswahlen, nachdem sie noch bis in die letzten Tage an vertraulichen Besprechungen teilgenommen hatten, zum Gegner überliefen. Hier ein Vertrauensverhältnis herzustellen, dürfte nicht ganz einfach sein. Außerdem verwerfen die beiden Rechtsparteien den Gedanken der Gemeinde Groß-Berlin grundsätzlich.“

Die Demokraten müßten keine Demokraten sein, wenn man nicht in wenigen Wochen bei ihnen auch in ihren Publikationen eine Veränderung ihres Standpunktes feststellen könnte. Der Fraktionsführer Dr. Michaelis beschäftigte sich im „Berliner Tageblatt“ am 9. September mit dem Auftakt der Rechtssozialisten und schreibt darin folgendes:

„Für die Demokratische Partei ergibt sich damit die Haltung bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen von selbst. Sie muß sich selbstverständlich allen Anbiederungsversuchen der reaktionären Kreise gegenüber ablehnend verhalten, sie kann es aber ebensowenig gütlich sein, daß die heutige tatsächlich bestehende Mißwirtschaft im roten Hause vorenwegt wird. Ihr Ziel muß darin bestehen, eine starke Position in der Mitte zu gewinnen, um zusammen mit Zentrum, Wirtschaftlicher Vereinigung und dem demokratisch gesinnten Teil (!) der Deutschen Volkspartei einerseits, den besonnenen sozialistischen Vertretern andererseits die Grundlage für eine neue Mehrheit zu schaffen.“

Im Gegensatz zu der Auslassung von Dr. Feder, der die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen zusammenwirft, und ganz homogen von den „beiden Rechtsparteien“ spricht, hat sich also in vier Wochen die Anschauung über die Deutsche Volkspartei bei den Demokraten geändert. Die Demokraten sind doch wohl selbst nicht so naiv zu glauben, daß durch das Lippenbekenntnis des Herrn Stresemann eine wesentliche Veränderung im Charakter der Deutschen Volkspartei eingetreten wäre. Vielmehr scheint bei den Demokraten der bürgerliche Charakter gesiegt zu haben, und sie sind nach ihrem anfänglichen lauten Protest, als eine Bürgerblodspartei betrachtet zu werden, auffällig still geworden.

Im Zusammenhang mit den vorstehenden Ausführungen gewinnt ein Meldung Interesse, die in den gestrigen Abendblättern von der B. S.-Korrespondenz verbreitet wurde, und die folgenden Wortlaut hat:

„Das Zustandekommen einer Arbeitsgemeinschaft der Mitte erscheint jetzt ziemlich gesichert. Während die Deutschnationale Volkspartei mit einer selbständigen Liste in den kommenden Wahlkampf auf den Plan treten wird, werden sich die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und eine Listenverbindung bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober vornehmen. Dieser Arbeitsgemeinschaft der Mitte wird sich auch die Wirtschaftliche Vereinigung anschließen. Die Verhandlungen sollen dem Abschluß nahe sein. Es handelt sich noch um die endgültige Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, doch ist an dem Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft kaum mehr zu zweifeln.“

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft sieht, daß der Bürgerblod durchaus an Gestalt gewinnt. Um so eindringlicher gilt es für uns, den Wählern und Wählerinnen aus dem Kreise der arbeitenden Bevölkerung die Pflicht einzuschärfen, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung der sozialistischen Mehrheit zu sorgen!

Lehrreiche Zahlen

Zur Frage der gemischtwirtschaftlichen Betriebe

Bei jeder Auseinandersetzung über die Gestaltung der Finanzen Groß-Berlins wiederholen die bürgerlichen Parteien, wie jüngst erst Herr Michaelis im „Berliner Tageblatt“, immer wieder die Forderung, die rein kommunalen Betriebe mindestens in gemischtwirtschaftliche umzuwandeln. Dadurch soll nach der bürgerlichen Meinung der Ertrag wesentlich gesteigert werden können.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats verbreitete am Donnerstag einen längeren Artikel über die Kosten, die durch die neuen Lohnerhöhungen für die städtischen Arbeiter entstehen. Darin werden Zahlen veröffentlicht, die geeignet sind, die Begründung der bürgerlichen Forderung nach gemischtwirtschaftlichen Betrieben zu widerlegen. Der Vergleich der Produktionskosten in den Berliner Gaswerken ergibt für das Rechnungsjahr April 1920 bis April 1921 folgende Zahlen:

„Das Gaswerk Reutbahn — Jahresprodukt rund 33 Millionen Kubikmeter — hat in dieser Zeit mit reinen Produktionskosten ohne Zinsen und Abschreibung von etwa 40 Pf. pro Kubikmeter hergestelltes Gas einschließlich der Verteilung gearbeitet. Aus dem vorliegenden Geschäftsbericht der normals englischen Gasanstalt — Jahresprodukt 150 Millionen Kubikmeter — läßt sich errechnen, daß die Produktionskosten dieser Gesellschaft im Vergleich etwa 60 Pf. pro Kubikmeter betragen haben. In gleicher Höhe bewegen sich die Produktionskosten der Gasanstalt Lichtenberg. Demgegenüber haben die Altberliner Gaswerke — Jahresprodukt 250 Millionen Kubikmeter — mit Selbstkosten von etwa 90 Pf. pro Kubikmeter gearbeitet. Aus diesen Zahlen ergibt sich zunächst, daß die vielfach in der Presse aufgestellte Behauptung, die kommunalen Gaswerke arbeiten schlechter, als solche nach privat- oder gemischtwirtschaftlichem System wie die englische Gasanstalt betriebenen, unzutreffend ist. Das Gaswerk Reutbahn, welches einen rein kommunalen Betrieb hat, ist bezüglich der Produktionskosten weit der normals englischen Gasanstalt überlegen.“

Verhältnismäßig sehr ungünstig schneiden demgegenüber die Altberliner Gaswerke ab, mit ihren etwa 90 Pf. pro Kubikmeter Gas betragenden Selbstkosten. Diese hohen Selbstkosten sind zu m

Teil darauf zurückzuführen, daß die Altberliner Werke im großen und ganzen technisch gegenüber den Anlagen Reutbahn, Lichtenberg und der englischen Gasanstalt erheblich veraltet sind.“

Wenn statistische Angaben auch nicht sehr anschauliche Argumente sind, so wird man doch diese Zahlen im Wahlkampf sehr gut gegen die bürgerliche Forderung verwenden können. Die Feststellung, daß gerade das schwierigste Gebiet der Berliner Werke, nämlich die Gasanstalten, ganz deutlich zeigen, welchen Vorteil die kommunalen Betriebe gegenüber den gemischtwirtschaftlichen ergeben haben — noch dazu in einer Zeit, wo auch diese Betriebe wirtschaftlichen Schwankungen unterworfen waren — ist außerordentlich wertvoll.

Ein deutschnationaler Bettelbrief

Der „Deutschnationale Volksfreund“, das amtliche Nachrichtenblatt des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei, veröffentlicht in seiner Nummer vom 1. September einen Aufsatz an die Mitglieder, in dem sie aufgefordert werden, den schwarz-weiß-rotten Wahlkampf in Berlin zu finanzieren. Am unteren Leeren einen Begriff über die Auffassung zu geben, mit der die Deutschnationalen an die Wahlpropaganda herantreten und gleichzeitig zu zeigen, auf welchem geistigen Niveau eine solche parteioffizielle Kundgebung steht, geben wir den Aufsatzt wörtlich wieder:

„Die Stadtverordnetenwahlen Berlins sind ungünstig erklärt worden. Infolgedessen finden am 16. Oktober Wahlen von Stadtverordneten und Bezirksverordneten statt. Für uns Deutschnationale war bisher immer ein Wahlkampf ein Wahltag (?). Um Tausende haben von Wahl zu Wahl die Wähler unserer Partei zugenommen (?). Besonders natürlich bei den Reichstags- und Landtagswahlen, die das Interesse aller Deutschen gleichmäßig erfassten. Diesmal wählt Berlin allein — das verrufene Berlin, das seit dem November 1918 der Gegenstand der Verachtung ist aller ersten nationalen Kreise innerhalb und außerhalb seiner Mauern, das Nest der Schieber, der Herd der feigen Novembermänner, von dem in jeder der Entfremdung jeder Deutsche älterer Herkunft angewidert abstrahlt, über das man allerorten hört: Pflü über Berlin!“

Und doch: Berlin will — Berlin muß frei werden! Frei werden durch den opferwilligen, willensstarken, heimatstreuen Gemeininn, durch den es groß wurde, und an dem jeder echte Berliner von alterer Anteil hat. Es muß aufhören mit der Herrschaft von Juden und Narren, die da ernien wollen, ohne gelist zu haben.

Also rüffel Euch, Ihr Deutschnationalen, überwindet den Widerwillen, Schmach zu bereistigen, und reinigt Berlin. Der Erfolg ist sicher, wenn Ihr eifriger wühlt als bisher, reichlicher zahlt als bisher. Das rote Berlin ist keinen Pfenning wert; aber auf, daß es frei werde, spendet reichlich.“

So gemein und niedrig die Kampfmethode der deutschnationalen Hezer im Reiche sind, wo ihre Fehde gegen die leitenden Männer der deutschen Republik zu immer neuen Greuelthaten führte, so unsauber ist auch ihr Verhalten im Stadtparlament. Sie haben keine sachlichen Gründe gegen die Politik der sozialistischen Parteien vorzubringen, und also versuchen sie es mit dem Kampfmittel der Lüge. Besonders tat sich dabei der Führer der deutschnationalen Fraktion, der christliche Wahrheitsapostel Koch, hervor, der solchen häßlichen Schwindel ausführt, und genau wie sein Vorgesellener, der Edel von Braun, mit falschen Zahlen agitiert, daß selbst der bürgerliche Rammeter Karding in öffentlicher Sitzung Herrn Koch Lügen brösel und feststellen mußte, daß die Angaben des Koch die Einzelgemeinde unmittelbar geschädigt haben. Es ist also außer der politischen auch eine Pflicht des Reinhaltens der Kommunalverwaltung, die unsere Wähler durch eine unermüdete und energische Agitation gegen die Deutschnationalen zu erfüllen haben.

Aus der Wirtschaft

Vor einer neuen Konjunkturwelle

Die kapitalistischen Kreise sind eifrig dabei, die für sie so günstigen Verhältnisse auszunutzen. Der neue Sturz der deutschen Valuta eröffnet neue Möglichkeiten für die Ausdehnung des deutschen Exporthandels. Die Inlandspreise werden ununterbrochen nach oben getrieben. Aus einzelnen Industrien liegen Berichte über die augenblickliche Lage vor. Wir geben daraus das Folgende wieder:

Im rheinisch-westfälischen Bezirk sind in der jüngsten Zeit neue große Aufträge eingegangen. Die Wolwerke haben auf Monate hinaus ausreichende Beschäftigung. Der Soch-Konzern hat den Verkauf von Stabeisen und Feilblechen für das laufende Vierteljahr eingeleitet. Aufträge nimmt er nur noch für das letzte Vierteljahr entgegen. Krupp-Rheinhausen ist nur mit geringen Mengen am Markt, da die Hälfte für die eigenen Konzernwerke, neuerdings auch für Rheinmetall, so stark beschäftigt ist, daß die alten Verpflichtungen kaum erfüllt werden können. Ebenso hat die Gutehoffnungshütte zur Zeit keine Angebote am Markt. Thyssen bietet noch familiäre Erzeugnisse, allerdings zu höheren Preisen, an, ebenso die Rheinischen Stahlwerke, die fast nur durch die angeschlossenen Eisenhandelsfirmen verkaufen. Die Dortmunder Union verkauft zwar noch, aber ebenfalls nur geringe Mengen. Der Phönix hat schon seit längerer Zeit den Verkauf von Stabeisen in dünneren Sorten eingestellt. Die Augemburger und Saar-Werke wie auch Rote Erde-Werke waren in der letzten Zeit nicht mehr am Markt. Die Wagenbauanstalten haben Beschäftigung nur noch für etwa acht bis zehn Wochen vorliegen; die Winteraufträge des Eisenbahn-Zentralamtes sind noch nicht da, dagegen liegen Aufträge für das Ausland vor. Die Lieferfrist sind wesentlich länger geworden. Im Durchschnitt werden Fristen von zwei bis drei Monaten verlangt.

Die Lederindustrie ist außerordentlich gut beschäftigt. Die Gerbereien haben noch Aufträge auf längere Zeit, einige Bestellungen werden nur zu höheren Preisen ausgeführt, da auch die Preise für die Rohware wesentlich in die Höhe gegangen sind. Die Offenbacher Lederwarenfabriken haben große Aufträge und sind dadurch stark beschäftigt. Auch die Schuhfabriken arbeiten unter völliger Ausnützung ihrer Betriebsmittel. Der Absatz ist außerordentlich flott, vor allem sind feinere Schuhwaren begehrt, während in billigeren Artikeln weniger Bedarf vorliegt. Das Auslandsgeschäft läuft an lebhafter zu werden.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Leipzig spricht man sich dort von der Herbstmesse besonders für die Porzellanindustrie größere Aufträge. Der Weltbedarf sei noch heute zum großen Teil ungedeckt, denn die Fabrikation und die Belieferung der ganzen Welt war durch den Krieg und die darauffolgende Periode des Handelskrisisraumgangs nahezu sechs Jahre unterbrochen. Die mangelhafte Verbindung mit Uebersee und die auf das Mehrfache verlängerte Transportdauer der Post lasse zum Teil jetzt erst erkennen, wie groß der ungedeckte Vorratsbedarf noch ist. Da das Sinken der deutschen Valuta viele Ausländer nach Deutschland gelockt hat, dürfte der Bedarf der Ausländer auf der bevorstehenden Leipziger Herbstmesse voraussichtlich groß werden. Als Großhändler werde Amerika auftreten, aber auch der europäische Konsum an Porzellanwaren werde sich in der Hauptlage den deutschen Fabriken zuwenden.

In der Berliner Konfektionsindustrie ist augenblicklich Hochkonjunktur. Die Konfektionsfirmen sind bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Es herrscht eine große Knappheit an Stoffen und Zutaten, und die Preise für die fertige Ware sind beträchtlich erhöht worden, was jedoch die Kaufkraft

nicht beeinträchtigt hat. Auch der Geschäftsgang in der Industrie für Herren- und Knabenbekleidung ist sehr lebhaft. Die Betriebe sind auf längere Zeit hinaus voll beschäftigt. Nicht minder rüchlich sind die Wäschekonfektion, die Krauswatten- und Tricotagefabriken und die Herren- und Damenhutindustrie mit Aufträgen versehen. Die Damenhutfabrikannten insbesondere haben zu reichlich zu tun, daß eine ganze Anzahl Betriebe ihre gesamte Produktion für das Winter bereits vollständig ausverkauft hat und neue Aufträge nicht mehr annehmen kann.

Auf dem Baumarkt ist die Lage nicht einheitlich. Der Wohnungsbau hält sich noch in geringen Grenzen, dagegen werden in größeren Städten Geschäftshäuser und öffentliche Gebäude errichtet und größere Aufbauten zu geschäftlichen Zwecken vorgenommen; auch auf dem Lande herrscht eine ziemlich rege Bautätigkeit. Die Ziegelstein im allgemeinen noch schlecht beschaffen. Nach dem Zentralblatt der Bauverwaltung sind im Baugewerbe die Löhne bis zum Neunfachen des Friedensniveaus gestiegen. Eisen hat das 35fache, Holz das 24fache, Zement und Steine das 16fache der Friedenspreise erreicht. Die Gesamtlohnsumme gegen 1914 auf etwa das 14fache gestiegen. Es wird wohl keinen Bauarbeiter geben, der jetzt zehnmal soviel als vor dem Kriege verdient. Aber selbst wenn das zuträfe, so würden die Löhne der Bauarbeiter weit hinter der Verteuerung der Baumaterialien zurückbleiben.

Wenn auch aus den anderen Industrien noch keine bestimmte Mitteilungen über den augenblicklichen Beschäftigungsgrad vorliegen, so weiß man doch, daß in einer Reihe von ihnen trotz steigenden Preise sehr viel zu tun ist. Bei den bevorstehenden Kämpfen um die Verbesserung der Löhne werden die Vertreter der Arbeiter ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß nicht wieder die Unternehmer aus einer neuen Konjunktur alle Vorteile ziehen, den Arbeitern dagegen nur deren Nachteil bleiben.

Industrieller Aufschwung in Danzig

Konjul A. Wiatraf berichtet in „Latamerita“: „Die letzten zwei Jahre haben dem Danziger Handel einen ungeahnten Aufschwung gegeben. Wie Wälze und neue Firmen aus der Erde geschossen, zum Teil als Filialen von deutschen, englischen oder polnischen Unternehmungen und Banken. Wir zählen heute allein über 70 Bankgeschäfte. Die Zahl aller seit Gründung des Reiches neu eingetragenen Firmen wird auf 2000 geschätzt.“

Die Natur hat Danzig zur See- und Handelsstadt bestimmt. Daneben ist auch die Industrie mannigfaltig; u. a. hat Danzig eine große Werften, eine Waggonfabrik, Fabriken landwirtschaftlicher und anderer Maschinen, viele Schneidmühlen und Sägemühlen, chemische Fabriken, Getreidemühlen, Zuderwaren- und Schokoladenfabriken. Auch die Zigaretten-Industrie ist vertreten. Die Jüdischen Jervenfabrikation nimmt einen der ersten Plätze ein.

Die bedeutendsten Importartikel, die Danzig einführt, sind Rohre (aus England und Oberösterreich), Eisenröhren und Stahlrohlinge (aus Schweden) und Lebensmittel, letztere hauptsächlich aus Polen. Eine eigenartige Erscheinung sind die Dauermesse, eine solche unterhält z. B. ein holländischer Konzern von über 100 Fabriken. Griechenland ist durch die Ausstellung seines Konsumgüter; auch eine spanische Gesellschaft unterhält eine Dauermesse. Ebenso planen z. B. Polen und Mittelamerika eine solche Dauerausstellung.

Der wichtigste Faktor im Danziger Handel bleibt Polens Eisen verarbeiteter Maschinenpark, sowie Handel und Industrie sind durch eine rege Einfuhr, bei der Deutschland 1920 2834 165 Tonnen an erster Stelle steht, wieder ausgefüllt worden. Ferner werden besonders Lebensmittel aus den verschiedenen Ländern bezogen. Aus England werden Eisenröhren und Rohstoffe eingeführt, ebenso aus Schweden. Oberösterreichische Kohle macht jährlich 2 600 000 Tonnen 88 Prozent des Gesamtgewichtes der Kohstoffeinfuhr Polens (2 912 128 Tonnen) aus. Betrachtet man andererseits die polnischen Exportwaren, so staut man über ihre Fülle. Vor dem Krieg war der polnische Holzhandel, Lederfabrikation und die Lodzer Textilindustrie bekannt, neben dem Handel mit Zucker, Röhren, Gänsen, getrockneten Pilzen, Heidelbeeren, sowie Schweineborsten, und als umfangreicherer Export sehr bedeutender Artikel das galizische Raphtha, Erdöl und Teer. Im Export Polens spielen auch Zement, Chemikalien, künstl. Düngemittel und Getreide eine Rolle. An erster Stelle steht jedoch noch der Holzhandel.

Die großen Werften mit ihren Docks, in denen auch kleine Boote hergestellt werden, entsprechen neuen guten Hafenanlagen, großen Speichern und Lagershallungen, die vollkommen den Bedürfnissen Danzigs als Ueberseehafen. Nicht weniger als 26 Linienreedereien lassen Danzig anlaufen. Der Seeverkehr von und nach Danzig weist wöchentlich im Durchschnitt 50 bis 60 Dampfer auf. Wichtig ist Danzig als Auswanderungshafen für den gesamten Osten, wandern doch wöchentlich über 3000 Personen über Danzig aus. Auch als Rückwandererhafen kommt Danzig in Betracht. Nicht nur der gesamte Seeverkehr Polens wird sich in Danzig konzentrieren, vielmehr muß namentlich während des langen nordischen Winters, wenn die baltischen Häfen zugefroren sind — auch der baltische und russische Kaufmann keinen Bedarf durch den immer eisfreien Hafen von Danzig beden.“

Ueber die Kohlenvorräte Russlands

teilt Privatdozent Dr. S. von Dubnoff im „Essener“ mit, die Schätzungen des Jahres 1913 69 Millionen Tonnen an stichtbaren Vorräten und 233 985 Millionen Tonnen als Gesamtvorrat ergeben hatten, wobei alle Kohlen von Anthrazit bis lignit einbezogen sind. Diese Ziffern, die seinerzeit dem Geologischen Institut von Toronto vorlagen, wurden in den Jahren 1915 bis 1917 vom russischen Geologienomitee nachgeprüft. Das Ergebnis der Arbeit bis 1917 wurde 1919 in einer Denkschrift veröffentlicht, die zu einer Ziffer von 225 113 Millionen Tonnen gelangte. Ein Minderergebnis ist auf eine ungenügende Beurteilung der Vorräte einzelner Bezirke Sibiriens zurückzuführen. Hingegen erhöhte Anfang dieses Jahres veröffentlichte weitere Schätzung des Geologienomitees auf Grund der neuesten Aufnahmen die Gesamtziffer auf 474 049 Millionen Tonnen infolge höherer Bewertung der Vorkommen im Moskauer und Uraler Bezirke. Das Moskauer Becken ergibt eine erschlossene Menge von 78 Millionen Tonnen, eine wahrscheinliche von 1800 und eine mögliche von 10 000 Millionen Tonnen. Den größten Anteil an der Ausbeute hat aber das Becken von Kusnez, dessen Schätzung von 13 625 Millionen Tonnen auf 250 000 Millionen Tonnen stieg. Hierdurch rückt das Becken von Kusnez an die allererste Stelle, da die dort gewonnenen Kohle nicht nur gut verforbar ist, sondern auch reichliche Erzeugnisse gefunden wurden. Nach den neuen Schätzungen hat auch Kusnez, ausschließlich des polnischen Bedens, das nicht mehr als 200 Millionen Tonnen gerechnet werden kann, 37 682 Mill. To. Anthrazit, 423 795 Mill. To. Steinkohle und 12 692 Mill. To. Braunkohle und rückt damit an die vierte Stelle der Kohlenländer, hat somit die russische Kohlenindustrie überflügelt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auch Kusnez noch Sibiriens geologisch wenig erforscht ist, so daß Ueberrechnungen dort noch zu gewärtigen sind.



Das Schloßmuseum

Republikanischer Anschauungsunterricht — Museum oder Warenhaus?

H. E. K. Als im Anfang des 15. Jahrhunderts der arme Burggraf von Nürnberg in die Mark Brandenburg kam, gelang es ihm nur mit Hilfe der Städte, deren Handel einen ungehinderten Landfrieden nötig hatte, die Adelsanarchie zu brechen und Geldmittel für seine leeren Taschen von den Ständen bewilligt zu erhalten. Aber er einigte sich bald mit den widerspenstigen Junkern, und es wurde üblich, daß die bewilligten Gelder zu zwei Dritteln von den Städten und nur zu einem Drittel von Adel und Geistlichkeit oder vielmehr von deren getrockneten Hinterlassen bezahlt wurden. Unter seinem Bruder Friedrich II. empörten sich die Städte gegen die immer mehr zunehmende Auspowerung, aber mit Hilfe des zur Unterdrückung anderer immer bereitwilligen Abels gelang es ihm, ihren Widerstand zu beseligen.

Die Stadt Berlin, in der sich die unterdrückten Künste gegen die Herrschaft der Stadtherren erhoben hatten, mußte ihm ihre Schlüssel ausliefern, aber auch er verband sich der Kurfürst sehr rasch wieder mit den Unterdrückten. Sie wurden nach kurzer Unterbrechung wieder eingeleitet, die Gefellen mußten wieder unter das Joch, und die Kosten hatte die Stadt zu tragen. Das Wahrzeichen der eigenen Geistesfreiheit, der Roland von Berlin, wurde gestürzt, und zur Sicherung gegen alle künftigen Erhebungen mußte dem Landesherren die Spreewald eingedrückt werden. Darauf erbaute der Kurfürst eine Zwingsburg, aus der dann allmählich das Schloß in seiner heutigen Form hervorging. Noch einmal empörten sich die Berliner unter einem seiner Nachfolger dagegen; sie vertreiben die Bauleute und schleiften die Mauern. Aber der Aufstand wurde bald niedergeschlagen, und seitdem sahen die Hohenzollern ungehindert in ihrem Schloß.

Der prunkliebende Friedrich, der seine Soldaten an alle möglichen Herren verschacherte und dafür endlich die ersehnte Königskrone erhielt, ließ es durch Schlichter vollständig umbauen, und unter seinem Sohne Friedrich Wilhelm I. wurde im Jahre 1713 der Umbau vollendet. Von da an ist es kaum verändert worden, bis am 9. November über der ehemaligen Zwingsburg die rote Fahne flatterte.

Seit wenigen Tagen befindet sich in den verflochtenen Brunnensäulen ebenso wie in dem früheren Kronprinzenpalais ein Museum. Im Gegensatz zu den anderen Berliner Sammlungen erfreut es sich eines sehr regen Besuches. Gestern wanderten dort durch die weiten Räume eine große Zahl von Menschen, darunter erfreulicherweise viele Proletarier. Natürlich lockt die Leute nicht nur die Betrachtung der ausgestellten Kunstgegenstände. Es ist die natürlichste Regung von der Welt, daß die republikanische Freiheit benutzt wird, um nun einmal zu sehen, wie denn eigentlich die Hohenzollern gewohnt haben.

Es ist ein sehr lehrreicher republikanischer Anschauungsunterricht, der hier geboten wird. Nur mit Gefühlen des Mergers und der Abneigung kann man die vielen reichen Kunstschätze sehen, die solange dem Volke vorenthalten wurden, von dessen Schwelgere sie angeschafft wurden. Wertvolle Sachen, die bisher kaum von jemand beachtet wurden, sind nun endlich der

Öffentlichkeit zugänglich geworden und können der Bildung und Erbauung dienen. Da ist zum Beispiel — um nur eines zu erwähnen — ein pommerischer Silberstrahl, auf dem das ganze Kunstgewerbe eines Jahrhunderts zu einem Geschenk für einen Monarchen verwendet wurde. Er enthält eine wunderschöne Sammlung von kleinen Geräten, Spielbrettern und anderen Gegenständen, alles bis ins Kleinste aufs kunstvollste ausgearbeitet; jede Schachfigur, jede Spielkarte ein erstrebenswertes Werk. Tausende können sich jetzt daran erfreuen, nachdem er in vielen Jahrzehnten vielleicht einmal von einem gelangweilten Höfling betrachtet wurde.

Aber ich will nicht auf Einzelheiten dieses Museums eingehen, das ich nur oberflächlich durchsehen konnte. Insgesamt ist es einfach scheußlich. Ich habe zwar niemals das Vergnügen gehabt, bei den Hohenzollern zu Gast zu sein, aber ich traue sogar Wilhelm dem Leichten zu, daß er in einer Wohnung und nicht in einem Warenhaus gelebt hat.

Hier war einmal die Möglichkeit gegeben, von dem herkömmlich überladenen Museumsstil abzugehen und in den einzelnen Sälen abgerundete Kulturbilder zu schaffen. Ich bin einmal in dem Schloßlichen Belvedere bei Weimar gewesen, dessen Barock gefüllt ist von dem schönen Sammelwerk der Goetheischen Epoche. Man hat nichts dazu getan und nichts umgestellt. Es ist immer noch wohnlich, und dem Besucher erzieht das Bild vergangener Lebens. Auch ein Museum, aber ein lebendiges, interessantes, frei von aller ausdringlichen Schulmeistererei. In Berlin steht man anscheinend immer noch auf dem Standpunkt, daß die Masse auch das Gute sei, obgleich diese Auffassung doch eigentlich mit der wilhelminischen Ära verschwunden sein sollte. Man schleppte eine Masse Sachen aus dem Kunstgewerbemuseum heran und baute eine überladene Ausstellung, in der es keinen Ruhepunkt gibt, deren ungeheure Menge den Besucher nervös machen und wie ein gekehrtes Bild durch die Säle jagen muß.

In großen Vitrinen stehen alle möglichen Gegenstände, die Sessel mit den schönen Gobelins sind wie Soldaten an den Wänden aufgereiht, Kirchengüter, Reliquien, Uhren, Schmuckstücke, Gewebe, Porzellan — alles ist da, sehr geordnet, sehr gut sortiert und sehr langweilig. Mit einem Wort, es ist ein Berliner Museum.

Leider ist nur der nach dem Lustgarten zu gelegene Teil des Schlosses zugänglich, während die ältesten Teile nach dem Wasser zu den Besuchern entzogen sind. Immerhin sieht man eine Masse schöner und kunstvoller Dinge, die den Besuch schon lohnend machen, nenngleich unsere bildungswütige Republik auch hier einen Eintrittspreis für nötig gehalten hat. Ganz hübsch ist der Katalog, mit einigen guten Reproduktionen, und der Preis von 5 Mark ist ja vergleichsweise noch nicht einmal sehr hoch. Aber es wäre angebracht gewesen, die Vangeschichte des Schlosses, die er enthält, etwas ausführlicher zu gestalten und mehr auf historische Einzelheiten einzugehen.

Nun dürfen die Bürger der deutschen Republik also durch das Schloß ihrer verflochtenen Herrscher wandeln. Vorbei an den

Emblemen der gestürzten Macht, an den Baldachinen gebrochener Größe, an den Bildern und Statuen ihrer erfreulicherweise ausgegriffenen Bedrücker. Durch die hohen Fenster flutet dieselbe Sonne, die auf Kurfürsten, Könige und Kaiser geschienen hat, flutet auch auf den breiten Platz, auf dem vor einer Woche eine halbe Million Menschen für die Unerbittlichkeit der Republik demonstrierte.

Angefallenenstreik in den städtischen Werken

Die Angefallenen der städtischen Gas-, Elektrizitätswerke und des Schafens hatten seit 1919 einen Tarifvertrag, der zum 31. März d. Js. auf Veranlassung des eine kleine Minderheit vertretenden Kommunalbeamtenverbandes vom Magistrat a. l. n. b. i. g. t. wurde, obwohl die mitbeteiligten A. s. a. -Organisationen (Zentralverband der Angefallenen, Bund der technischen Angefallenen und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband) und der Zentralverband der Maschinenisten und Helfer den Tarifvertrag ohne jede Aenderung beibehalten wollten.

Auf wiederholtes Drängen der Organisationen fanden dann am 14. April und 11. Mai Verhandlungen mit der Tarifdeputation des Magistrats statt mit dem Ergebnis, daß dem Magistrat empfohlen wurde, einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Magistrat lehnte den Vorschlag der Tarifdeputation in zwei Sitzungen ab.

Der angerufene Schlichtungsausschuss entschied, wie wir berichteten, einstimmig, daß der Magistrat einen Tarifvertrag mit den Organisationen abzuschließen hat.

Der Magistrat lehnte auch diesen Schiedsspruch in zwei Sitzungen ab. Daraufhin wurde der Demobilisierungskommissar angerufen, der am 9. September 1921 den Schiedsspruch für verbindlich erklärte. In einer außerordentlichen Sitzung am 10. September beschloß der Magistrat, sich auch dem Entscheid des Oberpräsidenten nicht zu fügen, sondern das Reichsarbeitsministerium anrufen zu wollen.

Die Angefallenen erklären hierin eine neue Verschleppungssache des Magistrats und sind nicht gewillt, nachdem bereits fünf Monate der tariflose Zustand in den Werken besteht, sich noch länger hinziehen zu lassen.

Der Streikausbruch ist also unvermeidlich geworden. Die Bewegung beschränkt sich auf die auch bisher von dem abgelassenen Tarifverträge erfassten Angefallenen. Jedoch werden die übrigen nicht unmittelbar am Streik beteiligten Arbeitnehmer wohlwollende Neutralität beobachten.

Die Angefallenen haben bisher mit unerhörter Langmut dem Treiben des Kommunalbeamtenverbandes und des Magistrats zugehört. Sie sind jedoch nicht mehr gewillt, die Unsicherheit in ihren Rechtsverhältnissen noch weiter geduldi zu hinzunehmen, umso mehr es sich hier durchaus nicht um eine Gehaltsforderung handelt, sondern lediglich um Wiederherstellung rechtlicher Verhältnisse, wie sie schon in den vorhergehenden Jahren widerspruchslos bestanden haben.

Eine Mark Stundenzulage für städtische Arbeiter

Der Magistrat hat sich am Sonnabend in seiner außerordentlichen Sitzung mit dem Schiedsspruch vom 19. August über die Anerkennung der Angefallenen der städtischen Werke und Häfen als Beamte und mit dem zweiten Schiedsspruch über die Erhöhung der Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiter und nicht städtischen Angefallenen vom 7. d. Mts. eingehend beschäftigt. Der erste Schiedsspruch wird nun — weil es sich um schwerwiegende und weittragende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung handelt — zunächst noch einmal eine höhere Instanz, das Reichsarbeitsministerium, beschäftigen. Der zweite Schiedsspruch wurde vom Ma-

S E E H E N
S I E A U S

im Schmucke dieses einzigartig schönen und eleganten Eskimo-Mantels.

Aus ganz vorzüglichem, weichglänzenden Tuch ist ein Mantel gefertigt, der allen Ansprüchen an streng moderne Aufmachung und Eleganz voll entspricht. Ganz neuartig ist der lose Fall, die reiche Seitenstepperei und Knopfverzierung und als Krönung des Ganzen ein breiter, wie edles Pelzwerk wirkender Plüschbesatz an Kragen, Stulpen und am Saum des Mantels, der bei uns

mit 695.-

kostet.

C & A

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

gestrat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, der eine dringliche Vorlage zur nächsten Sitzung am Donnerstag, den 15. d. Mts., zugehen wird, angenommen.

Hilfsstellen für ehemalige Kriegsgefangene

Mit Wirkung vom 18. 8. 1921 ab, ist die Abgeltung von Versorgungsansprüchen für die Zeit der Kriegsgefangenschaft und von Anträgen auf Entschädigung für abhandengekommene Gegenstände in neue und endgültige Bahnen geleitet worden.

Alle bereits heimgekehrten Kriegsgefangenen, die bis dahin keinerlei Abgeltung oder Entschädigung erhalten, können sich, soweit sie es nicht bereits getan haben, nunmehr leitmäßig bis zum 15. 10. 1921 schriftlich, lediglich an ihren zuständigen Hilfsaus- schuss wenden.

Für die Verwaltungsbezirke I bis IV ist zuständig der Zentral- Hilfsausschuss, Mollatmarkt 9/10; für die übrigen Bezirke gilt folgendes:

Es wenden sich ehemalige Kriegsgefangene aus dem Verwaltungsbezirk 7 an den Hilfsausschuss 7 Berlin in Charlottenburg, Bismarckstr. 50/51; Verwaltungsbezirk 8 an den Hilfsausschuss 8 Berlin in Spandau, Wohlfahrtsamt; Verwaltungsbezirk 9 an den Hilfsausschuss 9 Berlin in Wilmersdorf, Rathaus; Verwaltungs- bezirk 10 an den Hilfsausschuss 10 Berlin in Zehlendorf, Darg- straße 38, Gemeindehaus, Zimmer 26; Verwaltungsbezirk 11 an den Hilfsausschuss 11 Berlin in Steglitz, Grottenwaldstraße 2, Zimmer 11; Verwaltungsbezirk 12 an den Hilfsausschuss 12 Berlin in Mariendorf, Rathausstraße 69; Verwaltungsbezirk 13 an den Hilfsausschuss 13 Berlin in Neukölln, Rathaus; Verwaltungs- bezirk 14 an den Hilfsausschuss 14 Berlin in Prenzlauer Berg, Verwaltungsbezirk 15 an den Hilfsausschuss 15 Berlin in Treptow, Rathaus; Verwaltungsbezirk 16 an den Hilfsausschuss 16 Berlin in Köpenick, Rathaus; Verwaltungsbezirk 17 an den Hilfsausschuss 17 Berlin in Lichterberg, Hallesische Straße, Eingang Böcklinstraße; Verwaltungs- bezirk 18 an den Hilfsausschuss 18 Berlin in Weissenhof, Rathaus; Verwaltungsbezirk 19 an den Hilfsausschuss 19 Berlin in Bantow, Scharnholzer Straße 10/11; Verwaltungsbezirk 20 an den Hilfs- ausschuss 20 Berlin in Reinickendorf, Hauptstraße 45.

Alle ehemaligen Berliner Kriegsgefangenen, die bereits einen Antrag bei diesen Hilfsausschüssen eingereicht und zum großen Teil auch schon einen Fragebogen ausgefüllt und zurückgeschickt haben, brauchen keinerlei Schritte zu unternehmen. Ihre An- träge werden jetzt in Beachtung genommen und in einer Zeit bis spätestens 20. Dezember 1921 zur Erledigung gelangen. Jegenswelche Erinnerungen sind nicht notwendig, da auf jeden Antrag ein schriftliches Bescheid erteilt wird.

Zur Kohlenversorgung

Der Betriebsrat der Deputation für die Kohlenversorgung schreibt uns:

In maßgebenden behördlichen Kreisen trägt man sich mit der Aussicht, die Kohlenrationierung in absehbarer Zeit aufzuheben. Der Betriebsrat der Kohlenversorgung hält den in Aussicht genommenen Termin für verfehlt, da eine Aufhebung der Rationierung zurzeit verhängnisvoll wirken würde. Die Haus- brandkohle ist immer noch sehr knapp. Wenn auch ein Teil der Kohlenhändler (Großhändler) reichlich beliefert ist, so hat der übergroße Teil der kleineren Händler Mangel an Kohle. Verbraucher und Händler beschwerten sich täglich in großer Zahl in den Kohlenbezirksstellen über schlechte Belieferung, und das in der jetzigen Jahreszeit, wo wir angeblich „in Kohle schwimmen“. Wenn jetzt ein Kohlenvorrat in Berlin vorhanden ist, so ist dieser Vorrat verhältnißlos, wenn man die Kaufkraft der großen Masse der Berliner Bevölkerung in Betracht zieht. Es gibt interessierte Kreise des Kohlengroßhandels, welche den Freihandel erstreben. Was dieser Freihandel für Kohle zeitigen würde, hat die Berliner Bevölkerung bei Freigabe von verschiedenen Lebensmitteln erfahren. Eine Preissteigerung war stets die Folge. Bei der Freigabe der Kohlenwirtschaft ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die heftigste Bevölkerung sich abgibt eindecken wird, während dann für die minderbemittelte Bevölkerung Kohle kaum mehr zu haben wäre, ganz abgesehen davon, ob sie dann den Preis der Kohle zahlen kann. Nur ein ganz kleiner Kreis von Interessenten erstrebt die Aufhebung der Zwangswirtschaft ohne Rücksicht auf die übrige Bevölkerung zu nehmen. Der Betriebsrat ist nach seiner praktischen Erfahrung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Aufhebung der Rationierung zur Katastrophe führen würde. Jetzt bekommt der Verbraucher wenigstens, wenn auch ein ungenügendes Quantum, auf seine Karte. Wird aber die Rationierung aufgehoben, dann ist auch dieses Quantum in Frage gestellt. Aus diesem Grunde ist der Betriebsrat gegen die Aufhebung der Rationierung, im Interesse der Berliner Bevölkerung.

Wir geben diese Zuschrift wieder in der Meinung, daß die Behörden über ihre Absehen der Öffentlichkeit gegenüber Aufklärung schuldig sind. Zu einer gründlichen und gerechten Verlegung der Bevölkerung mit Kohlen ist aber nicht eine Rationierung allein das geeignete Mittel, sondern nur eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion und der Verteilung.

Erwerbslosenfürsorge für Kriegserwitwen

Die Verordnung der damaligen Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918, wonach für die Empfänger von Familienunter- stützung Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen ist, hat in denjenigen Fällen zu Härten geführt, in denen die Familienunterstützung an Kriegserwitwen bis zur Festsetzung ihrer Versorgungsgebüh- ren weitergewährt wird.

Da heute die Höhe der Familienunterstützung zuweilen geringer sind als die Rentensätze, und andererseits das Rentenverfahren nicht immer mit der gewünschten Beschleunigung durchgeführt werden kann, hat es der Reichsarbeitsminister in dem Sinne der genannten Verordnung für vereinbar erklärt, in solchen Fällen auf Kriegshinterbliebene die Erwerbslosen- unterstützung auszu dehnen. Der Reichsarbeitsminister vertritt die Meinung, daß in derartigen Fällen die sogenante

Familienunterstützung nur als ein Vorbehalt auf die endgültig festzusetzende Rente anzusehen ist, um so mehr, als die Unter- stützung auf die Rentensätze verrechnet wird. Auch die Tatsache, daß es sich in den genannten Fällen nicht mehr um Angehörige, sondern um Hinterbliebene von Angehörigen handelt, spreche dafür, die vorläufig festgesetzte Unterstützung nicht als Familien- unterstützung im Sinne des § 7 der Verordnung vom 7. Dezember 1918 zu betrachten.

Einer Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an solche Kriegshinterbliebene steht daher nichts im Wege, sofern im übrigen die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Noch eine Tarifierhöhung

Von allen Kleinbahnen in der Umgebung Berlins ist die Klein- bahn, die von Reinickendorf-Neienthal nach Liebenwalde und Groß- Schönebeck führt, von hervorragender Bedeutung für den Berliner Osten und Berufsverkehr. Diese Bahn hat schon in früheren Zeiten eine erheblich höhere Fahrpreise und Beförderungstarife gehabt als die Berliner Vorortbahnen. Die Entlastung der Tarife dieser Bahn ist dann in etwa gleichem Umfange erfolgt wie auf den Eisenbahnen, wodurch die Anleger dieser Bahn wieder zu ihrem Schaden durch die höheren Tarife benachteiligt wurden. Auch die Aufhebung der Nebenlinien ist fast zu gleicher Zeit erfolgt wie auf den Reichsbahnen, trotzdem der Kilometerfahr der Nebenlinien der Kleinbahn dem Satz der Stammlinien der Vorortlinien unge- fähr gleichkam. Jetzt kündigt diese, für die Siedler in Blanken- selde, Wühlensdorf, Wandlitz, Bärdsdorf usw. wichtige Kleinbahn eine neue Tarifierhöhung an, die bereits am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll.

Beisehung des Genossen Regner

Während die Einäscherung unseres in Potsdam erschossenen Ge- nossen Regner unter Beteiligung engerer Freunde und Bekannten- kreise stattfand, beteiligten sich an der Beisehung der Aschenreite weite Partei- und Gewerkschaftskreise.

Die Feier fand am 163 Uhr im Albrechtshof in Steglitz statt. Der Gesangsverein Friedenau-Steglitz eröffnete dieselbe mit dem Liede: „Ein Sohn des Volkes“. Genosse Leichle gedachte in warmen Worten des Erschossenen.

Dann erfolgte die Formierung des Trauerzuges, an welchem sich die Genossen des 12. Verwaltungsbezirks, sowie Genossen der an- deren Distrikte mit ihren Bannern beteiligten. Voran marschierten die Straßenbahner mit ihrer Musikpelle. Durch die Albrecht- und Ringstraße marschierte der Zug zum Friedhof.

An der Grabstätte sprachen Abschiedsworte die Genossen Herzst vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg, Genosse Marxardt für die Ortsgruppe Steglitz, ein Vertreter der R. P. D. sowie ein Vertreter des Bauarbeiterverbandes warme Worte.

Mit dem Gesang des Liedes: „Lied Falson“ endete die Feier. In geschlossenem Zuge ging es zurück zum Marktplatz in der Düppelstraße. Hier löste sich der Zug auf.

Autoraferei

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: In der letzten Zeit bringt die Tagespresse häufiger Notizen über Automobilunfälle mit Bemerkungen, die gegen den Automobilis- mus aufreizende Wirkungen erzielen.

So sehr wir es bedauern, daß überhaupt Automobilunfälle vor- kommen, so hat uns doch die Praxis gelehrt, daß es, ebenso wie bei allen anderen Verkehrsunfällen, nicht allein in der Macht des Fahrers liegt, Unfälle zu vermeiden.

Durch eine richtige Beurteilung des Automobils — und über- haupt des Straßenverkehrs könnte zur Behebung der Verkehrs- unfälle sehr viel beigetragen werden. Das Publikum muß darüber belehrt werden, wie es sich auf dem Fahrdamm zu be- wegen hat. Den Kindern müßte in der Schule und im Eltern- haus eine entsprechende Belehrung zuteil werden.

Die allermeisten Unfälle aus dem Fahrverkehr entstehen da- durch, daß das Publikum den Fahrdamm als Unterhaltungsort, Leischaße, Spielplatz usw. betrachtet. Wie schwer hierdurch den Wagenführern die Ausübung ihres Berufes gemacht wird, kann sich wohl jeder selbst erklären.

Hinzu kommt, daß unsere Berliner Polizei in der Regelung des Straßenverkehrs so gut wie ganz versagt. Eine Zentralorganisation in der Regelung des Ver- kehrs besteht so gut wie nicht, jede Hundstrecke hat der „Schupo“ tut, was sie will. Bedenken unsere Vertreter darum auf dem Verkehrsdeputat beim Polizeipräsidium vorstellig, so schließt die Schuld an den dezentralisierten traurigen Zuständen die eine Dienststelle auf die andere.

In den Weltstädten New York, London und Paris usw. herrscht ein bedeutend stärkerer Automobilsverkehr als in Berlin und dem übrigen Deutschland. Dort widet sich der Automobilsverkehr in weit großzügigerem und schnellerem Maße ab, als wie hier, ohne daß nach den dortigen Statistiken die Unfälle dort prozentual stärker wären als bei uns. Dort wird aber auch das Publikum durch die Verkehrs Polizei und die Tagespresse zur Selbstkritik auf der Straße angehalten, wodurch von allen Personen die nötige Vorsicht und Sorgfalt im Straßenverkehr geübt wird.

Somit das die Berufsverkehrler betrifft, lassen wir es an Be- lehrung in unserer Fachpresse nicht fehlen.

Wenn nun aber immer von Autoraferei geschrieben wird, so müßten wir darauf hinweisen, daß die normale Geschwindigkeit eines größeren Personenautomobils 35—40 Kilometer in der Stunde beträgt. Die kleinen Wagen entwickeln naturgemäß eine geringere Geschwindigkeit. Mit dieser Geschwindigkeit ist der Kraftfahrer bequem imstande, seinen Wagen stets in der Gewalt zu haben und auf der kürzesten Distanz zum Stehen zu bringen.

Weil diese praktische Geschwindigkeit der Kraftwagen aus einer glatten Abwicklung des Verkehrs unbedingt notwendig ist, haben wir bei der Behörde beantragt, daß eine 35-Kilometer-Stunden- geschwindigkeit Gesetz wird.

Unzählige Beamte, die zur Regelung des Verkehrs besser ver- wendet werden könnten, stehen mit den Stoppuhren in der

Hand an den Straßen verstopft und Koppen vorüber- fahrende Automobile ab. Unzählige Straßenteile liegen wegen dieser unzulänglichen (25 Kilometer) Geschwindigkeitsvorschriften den Kraftfahrern zu, wofür dieselben unheure Summen, Geld für Strafen, aus ihrer Tasche bezahlen müssen.

Die Leidtragenden dieser für eine Großstadt unhaltbaren Ver- ordnung sind die Berufsverkehrler, denen ihr Einkommen in un- gerechter Weise ganz gehörig gekürzt wird.

Deutschvölkische Ausbeutung

In räumlicher Nähe von uns, in der Breite Straße 4, gibt Herr Rudolf Lebus, im Verlag des deutschvölkischen und national- demokratischen Unternehmens, keine Staatsbürger-Zeitung heraus. Dort wird ein 30 Jahre alter Hausdiener beschäftigt, der den reu- renden Lohn von 100 Mark pro Woche erhält. Davon gehen nur die Abzüge ab. Wie uns mitgeteilt wird, soll der betreffende Mann ganz heruntergekommen sein, da er gezwungen ist, in diesem Geld zu „leben“. Herr Lebus veröffentlicht oft die Erläuterung in seiner Zeitung, scheint aber nicht zu wissen, daß der betreffende Diener nur ein Drittel des Erlözesmin- nums erhält. Will-icht dienen diese Zeiten dazu, diese deut- schvölkische Ausbeutung in Reinkultur abzustellen.

Das Urteil im Liebesgabenschwindelprozess

Im Bruch gegen die Deutsch-Amerikanerin Virginia Moll ver- fändete Sonnabend mittig der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Oppier das Urteil des Gerichts dahin: Das Gericht ist davon ausgegangen, daß die Angeklagte Moll nicht nur in phantastischer Weise und ohne einen bestimmten Zweck zu verfolgen, die Beamten des Reichsbauamtes für Ein- und Ausfuhr getäuscht hat, son- dern bewußt davon ausgegangen ist, Waren für die ohne Beglei- tung als Liebesgabe nicht eine Einfuhrbewilligung gemah- nung wurde, die aber anderen Zwecken dienen, hereinzubekommen. Es findet deshalb der § 2 der Verordnung vom 22. März 1920 An- wendung. Das Gericht hat auch keinen Zweifel daran, daß die betreffenden Waren nicht zu Liebesgaben bestimmt waren, sondern dem freien Handel zugeführt werden sollten. Gegen Mautner und Flatow hat das Gericht auf nichtschuldig erkannt. Die Angeklag- ten Mautner und Flatow sind freigesprochen worden. Unter- billigung mildernder Umstände wurde Frau Moll vom Gericht ver- botener Einfuhr zu sechs Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, außerdem wegen verbotenen Handels mit 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Letzte Strafe und die Gefängnisstrafe wurden als durch die Unterjuchungshaft verbüßt erachtet. Das Haftbehl gegen Frau Moll wurde sofort aufgehoben.

Raubüberfall auf einen Chauffeur

Sonnabend nachmittag mieteten zwei Männer die Auto- drohke IA 8049 zu einer Fahrt nach Potsdam. Anweil die Totals von „Mutter Morow“ auf der Potsdamer Chaussee der Ecke der Mittelbuckstraße fielen die beiden Fahrgäste plötz- lich über den 41 Jahre alten Chauffeur Soltowski her und ver- setzten ihn mit einem harten Gegenstand einen Schlag auf den Kopf, so daß er sofort die Bewußtsein verlor. Das fährlose Auto raste gegen einen Baum, wobei Soltowski auf das Chaus- seepflaster schleudert wurde. In demselben Augenblick kam wieder zum Bewußtsein, raffte sich trotz seiner Verletzung auf und lief unter lauten Hilferufen davon, verfolgt von einem der Täter, der ihn offenbar auf neue niederzuschlagen wollte. Zu Glück nahe in diesem Augenblick der Geschäftsführer des Reichs- rants „Beelhof“, worauf der Räuber schlaunigt verschwand. Man alarmierte sogleich das Ueberfallkommando Zehlendorf, dessen Beamte auch nach wenigen Minuten zur Stelle waren. Während einige Beamte den Chauffeur, der erhebliche Ver- letzungen der Schädeldecke erlitten hatte, nach dem Sanatorium in der Kurstraße schafften, nahmen die andern die Verfolgung der Täter auf. Bereits 20 Minuten nach der Tat waren beide Räuber ergriffen und zwar der eine auf dem Bahnhof Wannsee, der andere auf der Chaussee zwischen Wannsee und Nikolassee. Auf der Wache wurden sie festgesetzt als der wohnungslose 21 jährige Majordant Wilhelm Hübner und der 22 jährige wohnungslose Arbeiter Ernst Laucher. Beide wurden der Kriminal- polizei übergeben.

Von Einbrechern heimlichst wurde in der vergangenen Nacht eine Kassa in der Nähe des Reichstages. Die Diebe machten dort reiche Beute. Sie stahlen u. a. vier kostbare Perforteppe-

Der Mörder Großmann hat im Laufe des gestrigen Tages sein Geständnis wieder geändert. Er hatte eingeräumt, daß zwei Mädchen, Emma Köhler und Anna Sosnowski, aus einem dunklen Trieb heraus in keine Wohnung mitgenommen und ermordet habe. Später wollte er das nicht mehr wahr haben. Jetzt gibt er nur noch zu, daß er die Mädchen in der Wut erschlagen habe, weil sie ihn geärgert hätten. So will er auch die Sosnowski durch Hammerschläge auf den Kopf getötet haben. Wenn der Kopf, der zuletzt in Luffenstädtischen Kanal gefunden wurde, dieses ermordeten Mädchen ist, so kann die Behauptung Großmanns nicht stimmen. Denn seine tödlichen Hammerschläge hätten den Schädel des Mädchens zertrümmern müssen, während er in dem gefundenen Kopfe heil ist. Diese und andere Widersprüche und Unklarheiten wird die Kriminalpolizei im Laufe des heu-

Ärztlich empfohlen gegen:

Jogal	Sicht, Rheuma, Ischias,	Serenität, Nerven- und Kopfschmerzen.
--------------	-------------------------	---------------------------------------

Jogal stillt prompt die Schmerzen, scheidet die Harnsäure aus und geht direkt zur Wurzel des Übels. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Können erprobt!
In allen Apotheken erhältlich.

Enorm billig

- Damen-Halbschuhe echt Chevreau, mit Lackkappe, moderne spitze Form 139⁰⁰
- Damen-Schnürschuhe prima Boxcoll, fester, dauerhafter Strassenschuh..... 139⁰⁰
- Damen-Lack-Spangenschuhe beste Verarbeitung, für Strasse und Gesellschaft 157⁵⁰
- Damen-Schnürstiefel echt Chevreau, mit Lackkappe, moderne Form 139⁰⁰

- Herrn-Schnürstiefel prima Rindbox, wetterfester Strassentiefel, gute Verarbeitung, nur Größe 43—47, besonders preiswert..... 89⁰⁰
- Knaben-Schnürstiefel prima Rindbox, kräftiger Strassentiefel, moderne Form, ein besonderer Gelegenheitskauf 119⁰⁰
- Backfisch-Stiefel Ross-Chevreau, sehr gute Qualität..... Größe 36—39 125⁰⁰

- Kinderstiefel prima genarbt Rindleder, mit Agraffen, kräftige, genaue Ausführung 59⁰⁰ Größe 31—35
- Größe 36—39 79⁰⁰

Reiser



Gewerkschaftliches

Aus der englischen Gewerkschaftsbewegung

Reorganisation und Verschmelzung. Der große Streik der Kohlengräber in England, der mit einem unbefriedigenden Ausgang endete, dürfte das eine Gute haben, daß er die englischen Gewerkschaftler anregt, über die Ursachen des Mißerfolges nachzudenken und zu versuchen, mit modernen gewerkschaftlichen Methoden zukünftig ihre Schlachten zu schlagen.

Kapitalisten auf dem Weg von der Werkstatt zur Industrie, von der Industrie zum Industrieverband, vom Industrieverband zur Klassenorganisation auf nationaler und internationaler Grundlage. Aber sie sind den Kapitalisten auf diesem erweiterten Kampfplatz noch nicht gewachsen.

Man ist überzeugt, daß diese Reformen notwendig sind, um die englischen Gewerkschaften in jeder Beziehung aktionsfähig zu machen. Verschiedene einzelne Verbände lassen erkennen, daß sie die Einsicht gewonnen, auch politische Forderungen zu stellen und sich organisatorisch zusammenzuschließen.

Auf der 4. Jahreskonferenz der ungelerten Arbeiter, die letzten tagte, wurde von dem bekannten Gewerkschaftsführer und Parlamentarier Clynes ebenfalls die Forderung erhoben, daß alle grundlegenden Betriebe zu nationalisieren seien.

Diese Wandlung in den Köpfen der englischen Arbeiterführer ist symptomatisch und erfreulich. Auch auf der internationalen Metallarbeiterkonferenz in Luzern bekannten sich die englischen Delegierten dazu, eine systematische Aufklärungsarbeit für die Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische innerhalb der Gewerkschaft zu treiben.

In der letzten Zeit sind auch einige Verschmelzungen in England zustande gekommen. In dem monatlich erscheinenden Zirkular des Arbeitsforschungs-Departements vom 1. September finden wir z. B., daß die Kessel- und Maschinenschmiede sich verschmolzen. Die Handlungsangestellten zweier verschiedener Gewerkschaften taten dasselbe.

Wir hoffen, daß dieser Umwandlungsprozeß sich günstig weiterentwickelt, mit dem Resultat, eine mächtige Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie zu formieren, die nicht zuletzt in England so bitter notwendig ist. Dann wird der verlorengegangene große Streik der Bergarbeiter nicht umsonst gewesen sein und Früchte zeitigen.

Der Deutsche Buchbinderverband hielt am Freitag in den Kammern eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte, in welcher die Kommunisten veruchten, das Referat des Gen. Barth von der Tagesordnung

abzusehen, erhielt letzterer doch das Wort zu seinem Thema „Steuern und Teuerung“.

An Hand der von ihm herausgegebenen Zeitschrift machte Gen. Barth seine Ausführungen, über die wir an anderer Stelle schon berichteten. Im Anschluß an das Referat entspann sich eine lebhaft Diskussion, in der sich einzelne Kommunisten gegen die Ortsverwaltung aussprachen. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung stellte sich jedoch hinter die Ortsverwaltung.

Bemerkenswert ist noch, daß das Benehmen einzelner Kommunisten in der Versammlung ein außerordentlich rüdes war. Man sollte sich doch auch in diesen Kreisen darüber klar werden, daß Rabaulenzen und Schimpfereien wirklich keine Agitationsmittel sind.

Betriebsräte

Die in den letzten 14 Tagen stattgefundenen Gruppenversammlungen der Betriebsräte haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Betriebsräte jedes einzelnen Betriebes die Verpflichtung haben, aus ihrem Betrieb mindestens einen, aus Großbetrieben entsprechend mehr Kollegen in die Kurie der Betriebsräte zu entsenden.

Wir fordern deshalb alle Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterräte auf, dementsprechend zu handeln und die Anmeldungen der Kollegen umgehend beim Bureau der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelshof 14/15, 2. Hof, 1. unter Angabe des gewünschten Kurses schriftlich oder mündlich bis spätestens 17. ds. Mts. vorzunehmen.

Die nächsten Gruppenversammlungen finden statt:

Table with 3 columns: Gruppe, Saal, Tag und Zeit. Lists various industry groups like I Bank und Handel, XII Staatl. u. kommunale Behörden, etc., with their respective meeting locations and times.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Konflikt bei der Commerz- und Privat-Bank

Die Direktion der Commerz- und Privat-Bank hat beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin den Antrag gestellt, die geschäftsführenden Mitglieder ihres Betriebsrates wegen grober Pflichtverletzung aus dem Amte zu entfernen. Anlaß zu diesem Antrage der Direktion hat die Aufforderung des Betriebsrates an die Angestellten gegeben, sich an der Demonstration wegen der Ermordung Erzbergers zu beteiligen.

Die Direktion der Commerzbank stellt sich auf den Standpunkt, daß der Betriebsrat damit politische Maßnahmen ergreifen habe, die keine Kompetenzen überschritten. Der Betriebsrat weist dagegen in seiner Klageschrift an den Schlichtungsausschuß darauf hin, daß die Direktion mit ihrer Begründung, sie dürfe nicht, daß die Angestelltenschaft zu politischen Zwecken die Arbeitszeit abkürze, sehr schnell bei der Hand sei, wenn es sich darum handle, fortzuschrittliche und republikanische Kundgebungen unmöglich zu machen. Dagegen sei dieselbe Direktion, die jetzt eine sehr lebhafte politische Abstinenz für die Angestellten proklamiere, in früheren Fällen in dieser Hinsicht bedeutend weitherziger gewesen. In den Tagen des Kapp-Zufluges beispielsweise wurden alle Angestellte, die sich der Regierung Kapp zur Verfügung stellten, mit vollem Gehalt beurlaubt.

Auf den Ausgang dieses Konfliktes, der jetzt die republikanische Institution des Schlichtungsausschusses beschäftigt, darf man mit Recht gespannt sein. Die Sitzung findet am Dienstag, den 13. d. Mts., im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Zimmer 34, statt. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten beruft auf den gleichen Tag, abends 6 Uhr, in Hanerlands Festsaal (Großer Saal), Berlin C., Neue Friedrichstraße 35, eine öffentliche Versammlung der Angestellten der Commerz- und Privat-Bank ein, um seinerseits der Masse der Betriebsbelegschaft Ge-

legenheit zu geben, sich zu der beabsichtigten Mahregelung der Füh- rer ihres Betriebsrates zu äußern.

Wie steht der Kampf in der Holzindustrie?

In der fünften Woche geht nun der Streik und obgleich Verhandlungen angebahnt sind, ist vorläufig ein Ende nicht abzusehen. Erfreuliche Fortschritte sind in Punkt Unterzeichnung des Reichsmantel-Vertrages und des Lohnabkommens zu verzeichnen und über ein Drittel aller vorhandenen Betriebe hat sich reiflos durch Unterschrift zur Durchführung der Forderung verpflichtet. In 370 Betrieben arbeiten 3715 Holzarbeiter zu den neuen Bedingungen.

Die Holzindustriellen und Herr Baeth operiert mit tendenziösem Schwüngeleien und in einer Besprechung konnte diesen Herren nachgewiesen werden, daß die vom Verband gegebenen Zahlen zu Recht bestehen. Ebenso handgreiflich ist der immer wieder auftauchende Schwindel, die Holzarbeiter leisteten Verzicht auf den Mantel-Vertrag. Die aufgestellten Forderungen der Holzarbeiter sind diesen Scharmachern ein Dorn im Auge und die im Vertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen werden besonders bekämpft. Die Holzarbeiter kämpfen deshalb um den Reichsmantelvertrag, weil sie das schamlose „freie Spiel der Kräfte“ aufgehoben wissen wollen und auf eine allgemeine Regelung aller Fragen, wie Akkord, Lehrlingswesen, Ferien usw. bestehen.

Die Verhandlung der Parteivertreter am Mittwoch dieser Woche ist ergebnislos verlaufen. Der Schlichtungsausschuß soll nun über das Streitobjekt entscheiden. Am Montag, den 12. September 1921, findet eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt. Zur Berichterstattung über das Ergebnis dieser Verhandlung hat die Organisationsleitung zum Mittwoch, vormittags 10 Uhr, eine Versammlung aller Arbeitlosen und streikenden Holzarbeiter nach der „Neuen Welt“, Hasenheide, einberufen, in der alle Kollegen zu erscheinen haben.

Auch die Polizeibeamten rühren sich

Der Bezirksverein der Polizeibeamten Groß-Berlins rief am Freitag zu einer Versammlung nach der Vordrauerlei in der Fildinstraße, die von etwa 4500 Personen besucht war. Bemerkenswert war besonders, daß alle Dienstgrade vertreten waren. Schrader vom Vorstand referierte und gab in scharfgezeichneten Umrissen ein Bild der augenblicklichen Lage der Polizeibeamten. Besonders eingehend behandelte er die Frage der „Teuerungszulagen“, die von der Regierung durchaus ungenügend behandelt wird. Die Leittragenden sind die kleinen, schlecht bezahlten Beamten. Auch die neuen Vorschläge der Regierung sind ungenügend. Die Beamten wollen keine neuen Titel, sondern eine menschenwürdige Existenz. Eigentümliche Verhältnisse sind für die Beamten eingetreten, die von der Schutzpolizei übernommen wurden. Diesen Beamten werden jetzt viele Schwierigkeiten bereitet; ein großer Teil von ihnen steht schlechter da als in der „blauen“ Polizei.

In der regen Diskussion wurden von allen Rednern die Beschwerden und Klagen unterfüttert und eine scharf gebaltene Resolution eingebracht, die die Wünsche der Beamten präzisiert. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Bauarbeiter!

Es sind zur Zeit Leute an der Arbeit, die planlos darauf losrennen, auch während der im Tarifvertrag festgelegten Sperrfrist von zwei Monaten, die Kollegen bei Erhebung von Lohnforderungen zu Arbeitseinstellungen zu bewegen.

Das mit dem Verband der Baugehäfte getätigte Lohnabkommen läuft bis zum 22. d. Mts. Die neuen Lohnforderungen sind formuliert und finden demnächst die Verhandlungen statt. Arbeitseinstellungen, die während dem regelmäßig zwei Monate laufenden Lohnabkommen vorgenommen werden, sind unzulässig und werden vom Verband nicht unterstützt.

U. S. B. Eisenbahner! Am Dienstag, den 13. September, abends 6 Uhr, findet im Lokal des Gewerkschaftshauses, Engelshof 15, eine sehr wichtige Besprechung statt. Es wird auf vollständige Erscheinung aller U. S. B.-Genossen gerechnet. Mitgliedsausweis der Partei und Gewerkschaft ist mitzubringen.

Rondirektoren! Die Feindschaft gegen tarifliche Löhne, gegen tariflich festgelegte Arbeitszeit und gegen jeden Fortschritt hat bei unseren rüchständigen Innungsgenossen den Sieg davongetragen. Nicht nur, daß sie trotz der steigenden Teuerung eine Lohnerhöhung ablehnen, sondern allein wollen sie in Zukunft die Löhne bestimmen, was sie zahlen wollen. Sie haben den Tarif gestürzt. Sie möchten wie vor dem Kriege bei unbeschränkter Arbeitszeit statt Lohn ein Trinkgeld ihren Angestellten gewähren. In einer öffentlichen Versammlung am Montag, den 12. September, abends 7 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18, wird die Organisationsleitung hierzu Stellung nehmen und weitere Maßnahmen beschließen.

Angestelltenversammlungen

Angestellte des Groß-Berliner Buchhandels! Letztliche Versammlung aller im Buchhandel und Verlag beschäftigten Angestellten am Mittwoch, den 14. September 1921, abends 7 1/2 Uhr, in den Prachtzügen des Hotel-Platzes 10, Tagessordnung: Der Spruch des Schlichtungsausschusses. Was nun? Angestellte in Berliner Buchhandel und verarbeitende Gewerbe, Dienstag, den 13. September 1921, abends 7 Uhr, findet im Weiden Saal der Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18, eine Verlesung sämtlicher Angehörigen obiger Gewerbe, die in U.S.B.-Verbänden organisiert sind, statt. Tagessordnung: Richtigstellung des Tarifvertrages. Fortsetzung. Berücksichtigung der Wichtigkeit der Versammlung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. U.S.B.-Band, Christoffel Groß-Berlin.

Preiswert und gut!

Beispiele:

- Damen-Spangenschuhe in Boxkalf und anderen Ledersorten, Dreiviertelabsatz, Aussergewöhnlich billig 88.00
Damen-Malbschuhe Boxkalf u. andere Ledersorten, mit Spange, zum Teil zum Schürren. Extra billig 98.00
Damen-Malbschuhe braun und schwarz, zum Schürren oder mit Spange, zum Teil echt Chevreau. Extra billig 128.50
Damen-Schnürstiefel Ross-Chevreau, mit Lackkappe u. Derbyschnitt, schöner Einsegnungstiefel 128.00
Damen-Malbschuhe echt braun Chevru, Oxford, moderne Laaschen u. Stegspangenschuhe, Goody, Welt-Ausführ. 135.00
Damen-Schnürstiefel echt Boxkalf und Rindbox, mit und ohne Lackkappe. Aussergewöhnlich billig 135.00
Damen-Schnürstiefel in E-Chevr. u. Lackk., eleganter Einsegnungstiefel, Grösse 50-52. Sehr preiswert 158.50
Damen-Schnürstiefel in Boxkalf, kurze mod. Form, mit amerik. Absatz, Derbyschnitt, erstklassig. Fabrikat 175.00
Damen-Lackschuhe zum Schürren oder mit Spange, moderne kurze Formen, mit elegantem Absatz 195.00
Damen-Schnürstiefel in Chevru, Her m. Lackkappe, erstkl. Hochschaffstiefel, eleg. am Abs., Orig. Goody, Welt 265.00

- Knaben-Schnürstiefel Rindbox und Rind-Chevreau, br. Form, eleg. Einsegnungstiefel. Sehr preiswert 148.00
Herren-Schnürstiefel R-Chevr., mit Lackk., Besatz und Derbyschnitt, prima Qualität. Aussergew. billig 175.00
Herren-Schnürstiefel in Rindbox, mit Derby- und Besatzschnitt, elegante mod. Formen. Aussergew. billig 195.00
Herren-Malbschuhe schwarz und braun, echt Chevru u. Rindb., moderne Formen, Goodyear-Welt-Ausführung 195.00
Herren-Malbschuhe schwarz und braun, echt Chevru u. Boxk., rahmengen, eleg. Strassenschuhe. Sehr preisw. 235.00



Kind.-Malbschuhe zum Schürren, Chromleder und R-Chevr., mit u. ohne Lackk., elegant Strassenschuh. Gr. 31-35 88.00, Gr. 27-30 78.00

Kinder-Schnürstiefel Rindbox, gen. Rindled., vorzügl. Strapazierstiefel. Extra billig. Gr. 31-35 88.00, Grösse 27-30 78.00

Kinder-Schnürstiefel braun Naturleder, kräftiger Schulstiefel, solide Ausführung. Gr. 31-35 108.00, Gr. 27-30 98.00

Kinder-Sandalen schwa. u. br. genarbt Rindled., in Qualität, stark Leder-sohle. Gr. 31-35 62.40, Gr. 27-30 52.50, Gr. 23-29 44.40

Stillemer

